



Wortprotokoll

über die 57. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 20. März 2019

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Pretzl

3. Bürgermeisterin

Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 20. März 2019

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Pretzl

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Bär, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StRin Mayerl, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR J. Schmid, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StR Vogelsgesang, StRin Wiepcke, StR Zöllner

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Diethl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StR Vorländer

Die Grünen - rosa liste:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StRin Nallinger, StR Niederbühl (RL), StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Utz, StR Weisenburger

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

StR Prof. Dr. Hoffmann (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (FDP), StR Zeilhofer (HUT)

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StR Dr. Assal, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer, StR Wächter

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff

Parteilos:

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Baumgärtner
Stellv. Referent	Mickisch
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Bfm. StR	Dr. Küppers
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Besetzung im Ältestenrat, Änderungen bei der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste.....	8
2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.....	8
StR Offman:.....	8
StR Utz:.....	8
BMin Strobl:.....	9
OB Reiter:.....	9
Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 für das Sondervermögen Anwesen Schloss Kempfenhausen.....	9
München lebt Europa. München wählt Europa. Städtische Informationskampagne zur Europawahl.....	10
StRin Dr. Menges:.....	10
StR Dr. Roth:.....	10
OB Reiter:.....	10
StRin Dr. Menges:.....	10
OB Reiter:.....	11
Tourismus in München: Öffnungszeiten der Souvenirstandl.....	11
OB Reiter:.....	11
StR Progl:.....	12
OB Reiter:.....	12
Partizipatives Kunstwerk zur Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma in München.....	13
NS-Dokumentationszentrum, Fortführung der Gremienstruktur.....	13
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	14
Vereidigung von Herrn Clemens Baumgärtner als berufsmäßiger Stadtrat.....	15
OB Reiter:.....	15
Bfm. StR Baumgärtner:.....	15
OB Reiter:.....	15
Bfm. StR Baumgärtner:.....	15
Bewerbung der Landeshauptstadt München um eine Auszeichnung.....	16

StRin Krieger:.....	16
München lebt Europa. München wählt Europa. Städtische Informationskampagne zur Europawahl.....	18
StR Dr. Roth:.....	18
StR Vorländer:.....	19
StR Progl:.....	19
StRin Dr. Menges:.....	19
StRin Neff:.....	20
StR Reissl:.....	20
OB Reiter:.....	20
Die Landeshauptstadt München bekennt sich weiterhin zur Generalsanierung des Gasteigs.....	22
StRin Sabathil:.....	22
OB Reiter:.....	22
StRin Sabathil:.....	22
OB Reiter:.....	22
BM Pretzl:.....	23
OB Reiter:.....	23
StR Reissl:.....	23
OB Reiter:.....	23
Bfm. StR Baumgärtner:.....	23
StRin Sabathil:.....	24
StR Dr. Roth:.....	26
StR Reissl:.....	29
StR Ranft:.....	34
StR Quaas:.....	35
StR Schmidbauer:.....	39
StRin Wolf:.....	40
StRin Haider:.....	41
Bfm. StR Dr. Küppers:.....	42
Herr Wagner (Geschäftsführer Gasteig München GmbH):.....	44

StR Sabathil:.....	45
Herr Wagner (Geschäftsführer Gasteig München GmbH):.....	45
StR Dr. Mattar:.....	45
Endlich wirksame Regeln gegen Steuertricks und Geldwäsche im Immobilienmarkt.....	46
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	46
StR Kaplan:.....	48
StR Dr. Roth:.....	49
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	50
StR Wächter:.....	50
BM Pretzl:.....	50
OB Reiter:.....	51
Mietspiegel für München 2019.....	53
StR Altmann:.....	53
StR Müller:.....	54
StRin Koller:.....	56
StR Oraner:.....	57
StR Offman:.....	58
Markthallen München (MHM).....	60
StRin Neff:.....	60
StRin Hanusch:.....	61
StR Schmidbauer:.....	62
StRin Boesser:.....	64
StRin Wiepcke:.....	65
StR Zeilhofer:.....	66
StR Vorländer:.....	67
Bfm. StRin Frank:.....	67
StR Reissl:.....	69
Bfm. StRin Frank:.....	70
OB Reiter:.....	71

<u>BM Pretzl:</u>	71
<u>OB Reiter:</u>	71
<u>StR Altmann:</u>	72
<u>BM Pretzl:</u>	72
<u>OB Reiter:</u>	72
<u>StR Reissl:</u>	72
<u>BM Pretzl:</u>	72
<u>OB Reiter:</u>	72
<u>StR Reissl:</u>	73
<u>BM Pretzl:</u>	73
<u>OB Reiter:</u>	73
<u>StRin Wolf:</u>	73
<u>OB Reiter:</u>	74
<u>Bfm. StRin Frank:</u>	74
<u>OB Reiter:</u>	74
<u>Bfm. StRin Frank:</u>	74
<u>OB Reiter:</u>	74
<u>BM Pretzl:</u>	75
<u>OB Reiter:</u>	75
<u>Luftreinhaltung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den NO2-Messungen im Jahr 2018:</u>	76
<u>StR Schall:</u>	76
<u>StR Progl:</u>	76
<u>StR Röver:</u>	76
<u>StRin Krieger:</u>	77

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:16 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Besetzung im Ältestenrat, Änderungen bei der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste

Aktensammlung Seite 1905

Beschluss:

Nach Antrag

2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 1907

StR Offman:

Wir möchten den Punkt gerne in die nächste Vollversammlung vertagen.

StR Utz:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Prinzipiell stimmen wir dem Vertagungsantrag natürlich zu. Ich habe nur eine Frage: Hat das Auswirkungen auf den Eckdatenbeschluss?

BMin Strobl:

Aus meiner Sicht nicht. Nachdem die Referate die Maßnahmen in den Ausschüssen anmelden müssen und sie hoffentlich ohnehin schon in ihre Anmeldungen eingepreist haben, denke ich das nicht. Die Referate sind gehalten, die Maßnahmen einzubringen. Daher gehe ich davon aus, dass es keine Auswirkungen hat. Die Referate müssten das bei ihren Vorbereitungen für den Eckdatenbeschluss eigentlich schon berücksichtigt haben.

OB Reiter:

Danke. Die Frage war sehr vernünftig, da wir tatsächlich anders vorgehen müssten. Frau von Pappenheim, es tut mir leid! Die stellvertretende Vorsitzende des Behindertenbeirats ist anwesend und hat Rederecht beantragt, aber nun ist es eben so.

Beschluss:

Vertagt in die nächste Vollversammlung

**Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2017
für das Sondervermögen Anwesen Schloss Kempfenhausen**

Aktensammlung Seite 1911

Beschluss:

Nach Antrag

**München lebt Europa. München wählt Europa.
Städtische Informationskampagne zur Europawahl
Antrag Nr. 5033 von Die Grünen - rosa liste vom 26.02.2019**

Aktensammlung Seite 1913

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen haben am 26.02. einen Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung gestellt. Das ist kein Dringlichkeitsantrag! Wir hatten gestern einen Kreisverwaltungsausschuss. Das ist ein klassisches Ausschussthema. Ich verstehe nicht, warum das nicht in den Ausschuss gelangt ist, damit wir die Angelegenheit in Ruhe behandeln können. Deshalb stellen wir den Antrag auf Vertagung in den nächsten Kreisverwaltungsausschuss. - (StR Niederbühl: Die Europawahl wird auch vertagt! - Zwischenruf: Genau!)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn der Antrag zur dringlichen Behandlung vorher im Ausschuss behandelt worden wäre. Uns war wichtig, dass er bald behandelt wird. Wir wollen neue Maßnahmen, um die Wahl unter EU-Bürgerinnen und -Bürgern noch bekannter zu machen. Die Wahl ist bald, falls das jemandem entgangen sein sollte! Wenn wir das noch einmal vertagen, wird natürlich gesagt: Zusätzliche Maßnahmen können wir nicht mehr umsetzen, weil es zu spät ist. Ich sehe hier eine hohe Dringlichkeit und spreche klar gegen die Vertagung!

OB Reiter:

Nur weil auf dem Antrag „dringliche Behandlung in der Vollversammlung“ stand, sind wir nicht gezwungen, das in die Vollversammlung zu geben. Wenn der Ausschuss einen Tag vorher ist, wäre es natürlich geschickt gewesen, das Thema im Ausschuss zu behandeln. Das nur als Hinweis für die Zukunft! Sonst können die Fraktionen selbst die Tagesordnung der Vollversammlung bestimmen, indem sie überall drauf schreiben „zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung“. Dann brauchen wir keine Ausschüsse mehr. Ich bitte, das für die Zukunft mitzunehmen!

StRin Dr. Menges:

Das war der Inhalt meines Wortbeitrags!

OB Reiter:

Das habe ich verstanden. Die Frage ist, worin der Unterschied liegt: Wenn wir es gestern im Kreisverwaltungsausschuss diskutieren hätten können, können wir es auch heute in der Vollversammlung diskutieren. Frau Dr. Menges, einen wesentlichen Unterschied kann hier ich nicht erkennen! - (Zwischenruf) - Ich verstehe den Grund, aber ob es uns in Anbetracht der Terminfolge aufhalten sollte, das zu diskutieren, müssen Sie entscheiden.

Der Antrag auf Vertagung in den Kreisverwaltungsausschuss am 09.04.2019 wird mehrheitlich **abgelehnt**.

(siehe auch Seite 18)

Tourismus in München: Öffnungszeiten der Souvenirstandl

Antrag Nr. 3884 diverser SPD-Stadtratsmitglieder vom 08.03.2018

Antrag Nr. 3887 von StR Pretzl und StR Quaas vom 09.03.2018

Aktensammlung Seite 1917

OB Reiter:

Ich lese auf meiner Tagesordnung, der Tagesordnungspunkt darf nur behandelt werden, wenn alle Mitglieder des Stadtrats damit einverstanden sind. Der Tagesordnungspunkt wurde gestern auf Wunsch der CSU-Fraktion vom Kreisverwaltungsausschuss in die heutige Vollversammlung vertagt. Da er aber bisher nicht auf der Tagesordnung stand, kann er grundsätzlich nur behandelt werden, wenn alle damit einverstanden sind. - (Zwischenrufe - Unruhe) -. Ich lese hier: Alle. Das erlaubt mir keine Wertung. Ich hätte eine persönliche Wertung, aber die werde ich Ihnen nicht mitteilen. - (Heiterkeit) - Alle bedeutet deshalb immer noch alle. Wer ist dagegen?

- StR Ruff gibt ein Handzeichen.-

Es gibt jemanden der dagegen ist, damit werden wir diesen Punkt heute nicht behandeln.

- (BMin Strobl: Das ist ein Kasperltheater! - Zwischenrufe - Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Theater hier hat ein gewisses Amüsement. Sie können aber sicher sein, es wird später noch ernster. Noch befinden wir uns im Vorgeplänkel.

Herr Ruff, ist das ernst gemeint? Ich frage noch einmal ganz offiziell: Spricht sich jemand gegen die Behandlung in der heutigen Vollversammlung aus?

- StR Ruff gibt ein Handzeichen.-

Der Kollege Ruff ist dagegen. Ich höre von meiner Rechtsabteilung, dass ich den Punkt dann nicht aufrufen darf. Wir vertagen ihn in den nächsten Kreisverwaltungsausschuss. Dort vertagt Ihr ihn wieder ins Plenum, und dann machen wir so weiter, weil der Kreisverwaltungsausschuss immer vor dem Plenum ist. Das können wir noch ein paar Jahre machen. Ein Jahr zumindest ist es mir recht! (BMin Strobl: Da bin ich ja gespannt! - Zurufe - Unruhe)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich hätte dazu eine kleine Verständnisfrage. Hat es einen ladungsrechtlichen Hintergrund, dass die Vertagung von gestern auf heute nicht möglich ist? - (Zuruf: Weil es ein SB ist! - OB Reiter: Der Punkt steht nicht auf der Tagesordnung der Vollversammlung!) - Aber wir haben das doch sicher schon einmal gemacht, ohne dass es aufgefallen ist! Welche Auswirkung ergibt sich für diese Beschlüsse? - (Heiterkeit - Beifall)

OB Reiter:

Meiner Rechtsabteilung fällt alles auf, das haben Sie ja gesehen. Es handelt sich um einen Senatsbeschluss. Damit stand er nicht auf der Tagesordnung der Vollversammlung, und damit ist dazu nicht ordnungsgemäß geladen worden. Wir könnten den Punkt nur behandeln, wenn alle einverstanden wären. Es gibt aber weitere Möglichkeiten. An die Referenten: Schreibt künftig nur noch VB auf die Beschlüsse, dann kann das nicht mehr passieren! - (StR Dr. Roth: Vielleicht kann der Kollege Ruff einmal begründen, warum er das so sieht. Seine Fraktion ist im Ausschuss vertreten. Er hat die Vorlage bekommen.)

Das muss er nicht. - (Anhaltende Unruhe) - Wir haben jetzt zur Tagesordnung gesprochen und diskutiert. Wir können auch eine Pause machen, wenn Ihr noch weiter reden wollt! Ich habe Zeit, ich habe mir heute nichts vorgenommen! Wenn es recht ist, würde ich aber bitten, dass wir jetzt wei-

termachen. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt im nächsten Kreisverwaltungsausschuss wiedersehen. Kollege Mickisch, vielleicht macht Ihr einen VB daraus, damit wir beim nächsten Mal nicht das gleiche Kasperltheater wieder haben. Ich bitte ausdrücklich darum, das als VB zu sehen, damit es nicht noch einmal vertagt wird!

Beschluss:

Vertagt in den nächsten Kreisverwaltungsausschuss

**Partizipatives Kunstwerk zur Geschichte und Gegenwart
der Sinti und Roma in München
Diverse Anträge und Empfehlungen**

Aktensammlung Seite 1945

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**NS-Dokumentationszentrum,
Fortführung der Gremienstruktur
Kuratorium/Politischer Beirat/Wissenschaftlicher Beirat**

Aktensammlung Seite 1947

Beschluss (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 2, 4 - 10, 12, 15, 16, 18 und 20 werden **einstimmig beschlossen**.

Die Bekanntgabe zu TOP B 17 wird **zur Kenntnis genommen**.

(Aktensammlung Seite 1933 - 1958)

**Vereidigung von Herrn Clemens Baumgärtner
als berufsmäßiger Stadtrat
- Bekanntgabe -**

Aktensammlung Seite 1903

OB Reiter:

Sie haben sich bereits erhoben, vielen Dank! Sehr geehrter Herr Baumgärtner, bitte sprechen Sie mir den Amtseid gemäß Art. 27 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte in der von Ihnen gewählten Fassung nach.

Bfm. StR Baumgärtner:

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe!

OB Reiter:

Ich darf Ihnen gratulieren. Die Amtskette haben Sie bereits. Alles Gute, auf gute Zusammenarbeit!

Bfm. StR Baumgärtner:

Herzlichen Dank! - (Allgemeiner Beifall)

- BM Pretzl überreicht einen Blumenstrauß.-

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen.**

Bewerbung der Landeshauptstadt München um eine Auszeichnung für ihr Engagement für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE)

Aktensammlung Seite 1909

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren etwas irritiert, als wir diese Vorlage gesehen haben. Eigentlich sind wir der Meinung, man bekommt einen Preis, wenn man etwas Großes geleistet hat und nicht für ein Konzept, das erst entwickelt werden soll.

Natürlich sind wir dafür, dieses Konzept zu entwickeln. Wir haben so etwas auch einmal beantragt. Wir finden es zudem gut, dass die beiden Referate - das Bildungs- und das Umweltreferat - dieses Konzept auf den Weg bringen werden. Dafür möchte ich den beiden Referaten danken! Eigentlich sind dafür Stellen beantragt worden. Ich glaube, jeweils eine halbe Stelle in jedem Referat. Diese Stellen wurden von SPD und CSU nicht bewilligt. Die Referate sind aber trotzdem bereit, dieses Konzept zu erstellen. Hierfür meinen Dank!

Uns geht es aber um Taten und um die Umsetzung. Ich wollte noch einmal kurz auf das Virginia-Depot kommen, weil es gerade sehr aktuell war. Hier hätte es die Chance gegeben, Taten folgen zu lassen. Die Stadt hätte das Virginia-Depot erwerben können, auch wenn sie vor zehn Jahren den Beschluss gefasst hat, nur entmunitionierte Flächen zu kaufen. Ich kenne diesen Beschluss nicht. Der Stadtrat kann Beschlüsse aber natürlich jederzeit ändern. Vor zehn Jahren war die Situation auch deutlich anders. Die Finanzsituation der Stadt war eine andere. Heutzutage könnten wir versuchen, das zu ändern. - (Unruhe) - Können Sie vielleicht ein bisschen ruhiger sein? - (OB Reiter: Ja, stimmt!) - Ich verstehe, dass das Thema vielleicht nicht alle interessiert, aber ich finde es trotzdem wichtig! - (Zwischenrufe)

Es wäre auf jeden Fall sinnvoll gewesen, das Virginia-Depot zu kaufen. Es gibt auch die Möglichkeit, zu entmunitionieren, ohne alles aufzugraben und es stattdessen naturschonend zu herzustellen. Das haben wir vor längerer Zeit schon einmal beantragt. Am Ackermannbogen wurde das versucht. Das Kommunalreferat hatte uns damals auch informiert, so etwas werde öfter gemacht. Es ist deutlich teurer, das ist gar keine Frage. Hier hätten wir aber vorangehen können. Wir müssten auch nicht das ganze Depot nehmen. Es geht nur um eine Fläche, auf der Kinder und Jugendliche vor Ort Natur erfahren können. In der Nähe gibt es sehr viele Schulen; ein Gymnasium soll gebaut

werden. Hier hätte es wirklich eine Chance auf Naturerfahrung in der Stadt gegeben. Wir haben kaum noch passender Flächen. Hier hätten Taten folgen können. Ich finde diese Bewerbung natürlich gut. Wir werden sie auch nicht ablehnen. Es bringt aber nichts, wenn wir nur Konzepte erstellen und keine Taten folgen lassen. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Der Antrag der Referentinnen wird **einstimmig beschlossen**.

**München lebt Europa. München wählt Europa.
Städtische Informationskampagne zur Europawahl
für wahlberechtigte Unionsbürgerinnen und -bürger rechtzeitig umsetzen
Antrag Nr. 5033 von Die Grünen - rosa liste vom 26.02.2019**

Aktensammlung Seite 1913

(siehe auch Seite 10)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie alle wissen, steht die Europawahl unmittelbar bevor. Ich glaube, wir sind uns mehrheitlich einig, wie wichtig Europa auch für die Münchner Politik ist. Leider - das ist nicht nur bei den Europawahlen so - müssen wir fürchten, dass die Wahlbeteiligung wieder nicht allzu hoch sein wird. Letztes Mal lag sie deutlich unter 50 %. Wir sollten bei diesem wichtigen Thema alles dafür tun, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.

Wir sind froh, dass bei Kommunal- und Europawahlen im Gegensatz zu Landtags- und Bundestagswahlen auch nichtdeutsche Staatsbürger, nämlich EU-Bürgerinnen und -Bürger, wahlberechtigt sind. Es handelt sich hier um eine erkleckliche Zahl. Ich habe sie mir vom Statistischen Amt geben lassen: Es gibt bis zu 190 000 theoretisch wahlberechtigte EU-Bürger. Leider ist die Wahlbeteiligung gerade hier ziemlich gering. Wenn man nicht an den letzten Europawahlen teilgenommen hat, muss man sich nämlich aktiv eintragen lassen. Das haben nur ca. 3,5 % gemacht. Darum sollten wir alles dafür tun und gerade bei der internationalen Population in München, den Europäerinnen und Europäer außerhalb der deutschen Staatsbürgerschaft, Werbung machen.

Es wird natürlich einiges getan. Wir sind der Meinung, wir sollten die Anstrengungen in den letzten Wochen noch verstärken. Wir haben uns noch einmal angeschaut, wie andere Städte das machen, z. B. Bremen. Zwei Sachen sind uns besonders wichtig: die Mehrsprachigkeit von Angeboten, zumindest Informationen auf Englisch, und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Communities, Multiplikatoren und Organisatoren wie dem Migrationsbeirat etc.

Es gibt zentrale Informationen über die Bedeutung Europas, z. B. die „What-Europe-does-for-me-Homepage“. Es gibt aber auch spezifische Informationen, wie das Wählen in München läuft. Wir wären dafür, diese Informationen, soweit es zeitlich noch geht, in mehrere Sprachen, zumindest

aber ins Englische zu übersetzen. Wir wollen außerdem die gebündelten Informationen des Kreisverwaltungsreferates weiter streuen: an die Referate und an das Presseamt, aber auch an Multiplikatoren wie Handwerkskammer, Migrationsbeirat und zivilgesellschaftliche Träger, um weitere Multiplikatoren zu erhalten. Wir würden deshalb einen Ergänzungsantrag einbringen. Europa ist eine zentrale Frage. Wir wollen eine hohe Wahlbeteiligung und nicht denjenigen das Feld überlassen, die gegen Europa, Weltoffenheit und Toleranz agitieren! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Vorländer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD stimmt der Referentenvorlage unverändert zu. Wir sind der Meinung, in der Vorlage wird überzeugend dargestellt, dass bereits viele Maßnahmen ergriffen worden sind, um die knapp 190 000 in München lebenden Unionsbürgerinnen und -bürger zu erreichen. Mitte März ist ein entsprechendes Schreiben auch in Englisch hinausgegangen. Wir halten es für schwierig, willkürlich zehn Sprachen herauszugreifen und noch ein zusätzliches Schreiben zu verschicken. Es ist problematisch. Der Vorlage mit den darin aufgeführten Schwierigkeiten können wir folgen. Insgesamt halten wir die Argumentation des Kreisverwaltungsreferates für überzeugend und nachvollziehbar.

Vielen Dank. - (Beifall der SPD)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir halten die Referentenvorlage für ausreichend, in der steht, dass vom Migrationsbeirat nicht einmal eine Stellungnahme gekommen ist. Also sieht er selber auch keinen Handlungsbedarf. Daher werden wir dem Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste nicht zustimmen. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Stadtratsfraktion schließt sich den Vorrednern an. Wir folgen der Vorlage des Kreisverwaltungsreferats, allerdings mit der Einschränkung, dass es für das Kreisverwaltungsreferat ohne großen Aufwand möglich ist, auf der eigenen Internetseite diese Informationen auch auf Englisch zu formulieren. Das fordert der Änderungsantrag der Grünen in Punkt 2.1 Abs. 1. Den Text auf Englisch noch einmal zu formulieren bedeutet einen Aufwand von zehn Minuten. Bei einer gesonderten Abstimmung würden wir diese Anregung als sinnvoll erachten, aber nur bezüglich der Internetseite. Alles andere halten wir für nicht erforderlich.

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns dem Änderungsantrag der Grünen anschließen, weil wir die Forderung für explizit wichtig halten. Diese Europawahl muss alle Menschen an die Wahlurnen bringen, auch unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Im Änderungsantrag wird nicht auf die zehn Sprachen abgestellt. Das ist wahrscheinlich bewusst so formuliert. Aus meiner Erfahrung als Mitglied des Europarats kann ich Ihnen sagen, andere Länder machen es zum Teil schon und sind sehr viel weiter als wir. Ich glaube, eine Stadt wie München würde sich in der Öffentlichkeit auszeichnen, wenn wir genau das machen würden. Darum stimmen wir dem Änderungsantrag zu. - (Beifall von FDP und Die Grünen - rosa liste)

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen davon ausgehen, dass die Europäische Union ihrerseits - ich weiß nicht, ob nur Kommission oder nur Parlament - ohnehin Informationen in den Amtssprachen der Europäischen Union zur Verfügung stellt. Der einfachste Weg wäre, auf den Seiten des Wahlamts im Kreisverwaltungsreferat entsprechende Links zu setzen. So brauchen wir nicht irgendetwas übersetzen zu lassen und auch nichts mehr vorzubereiten. Es ist vermutlich schon alles vorbereitet und wird von jedem gefunden, der es auf den Seiten der Europäischen Union sucht. Aber um es zusätzlich zu erleichtern, spricht nichts dagegen, auf den Seiten des Wahlamts der Landeshauptstadt München entsprechende Links zu setzen.

OB Reiter:

Mir liegt ein wortreicher Ergänzungsantrag vor. - (StR Reissl: Was ich formuliert habe, ist eigentlich auch ein Änderungsantrag!) - Ja, das habe ich auch so verstanden. Spricht sich jemand gegen die Anbringung von Links, wie von Herrn Reissl vorgeschlagen, aus? Das scheint mir unwahrscheinlich zu sein. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 2.1 Abs. 1 des Ergänzungsantrags von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI **beschlossen**.

Im Übrigen wird der Ergänzungsantrag von Die Grünen - rosa liste gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, FDP, DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**, jedoch ist Punkt 2.1 Abs. 1 des Vortrags des Referenten wie folgt zu ergänzen:

„Diese Informationen werden im Sinne der Niederschwelligkeit in die englische Sprache übersetzt und auf den Seiten des Kreisverwaltungsreferats verankert. Gleiches gilt für die unten genannten Informationsangebote des Referats für Arbeit und Wirtschaft. Zusätzlich greifen die beiden Referate auf das in allen EU-Amtssprachen vorhandene digitale Informationsangebot des Europäischen Parlaments „What europe does for me“ <https://what-europe-does-for-me.eu/de/home> zurück und verankern dieses auf den jeweiligen Webseiten.“

Auf den Seiten des Wahlamts der Landeshauptstadt München sind entsprechende Links zu setzen.

**Die Landeshauptstadt München bekennt sich weiterhin
zur Generalsanierung des Gasteigs
Antrag Nr. 5034 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL
vom 26.02.2019**

Aktensammlung 1915

StRin Sabathil:

Können wir einen Vortrag bekommen?

OB Reiter:

Frau Sabathil hätte gerne einen Vortrag. Inwieweit? Frau Sabathil, wo sollen wir beginnen? Wer soll den Vortrag halten? - (Unruhe - Zuruf von StRin Sabathil) - Ich versuche, es zu übersetzen, damit Sie sich den Weg zum Mikrofon sparen: Frau Sabathil hätte gerne vom zuständigen Referat einen Vortrag. - (Unruhe - Heiterkeit) - Ich wehre mich nicht dagegen. Die Bandbreite variiert von einer Minute bis drei Stunden, je nachdem, wo wir mit dem Vortrag beginnen. - (Heiterkeit) - Deswegen weiß ich nicht genau, was der Vortrag erläutern soll. Gehen Sie doch bitte ans Mikrofon und erklären Sie, was Sie gerne wissen möchten.

StRin Sabathil:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, so schwierig ist das nicht. Ich denke, der zuständige Referent weiß genau, was heute noch einmal wichtig ist. Es reicht eine grundsätzliche Erläuterung der ganzen Angelegenheit, damit alle, die nicht im Kulturausschuss vertreten sind, wissen, welcher Sache sie anschließend zustimmen. Der heutige Beschluss ist überaus wichtig. Da können ein paar klärende Worte seitens des Referats nicht schaden. - (Unruhe - Glocke des Vorsitzenden) - Herr Baumgärtner, Sie wissen genau, wie viel Zeit Sie sich nehmen müssen, damit wir informiert sind.

OB Reiter:

Ich wehre mich nicht gegen einen Vortrag. Dann soll Herr Dr. Küppers kurz ausführen. - (Zurufe und Unruhe)

BM Pretzl:

Es hieß ausdrücklich, die Stadträte, die nicht im Kulturausschuss vertreten sind, sollen auf den Stand des Kulturausschusses gebracht werden. Wenn man zuhört, weiß man, was gefragt wurde. Im Kulturausschuss berichtet der Kulturreferent und nicht der Wirtschaftsreferent! - (Anhaltende Unruhe)

OB Reiter:

Ich weiß nicht, was heute los ist. Wir versuchen es, in Ruhe zu klären. So schwierig ist das überhaupt nicht. Es besteht doch kein Grund zur Aufregung. Wir können auch zwei, zur Not auch vier oder fünf Referenten berichten lassen. - (Zurufe und vereinzelt Beifall) - Es ist doch unsere Entscheidung. Wenn der Kulturreferent dazu etwas zu sagen hat, soll er etwas sagen, außer Sie wollen das mehrheitlich nicht. - (Weitere Zurufe und Unruhe)

StR Reissl:

Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Vorlage im A-Teil. Es ist ein Antrag des Referenten für Arbeit und Wirtschaft, weil für die Beteiligungssteuerung der Gasteig München GmbH das Referat für Arbeit und Wirtschaft zuständig ist. Deswegen ist es naheliegend, entspricht ständiger Übung und ist wohl auch rechtlich so: Wenn es einen Vortrag gibt, gibt es auch einen Vortrag des Referenten, der die Vorlage gefertigt hat. Ansonsten könnten wir einen anderen Referenten aussuchen, der vielleicht die Vorlage des Referats für Arbeit und Wirtschaft erläutert.

OB Reiter:

Ja, Ihr könntet das, wenn Ihr es wollt. Es sagen oft auch Bürgermeister etwas, ohne zuständiger Fachreferent zu sein. Ich gehe gerne der Reihenfolge nach vor. Dann möge der gerade vereidigte Herr Baumgärtner seine Sicht der Dinge schildern. Danach wird eine Frage an Herrn Dr. Küppers gestellt und beantwortet. Das ist nicht so schwierig. Wir sollten uns wieder den Inhalten widmen und weniger bärbeißig miteinander umgehen, dann kommen wir vielleicht auch ein Stück weiter. - (StR Dr. Mattar: Morgen ist Frühlingsanfang!) - Offenbar gibt es Luftdruckschwankungen. - (Unruhe) - Dann führt halt nur Herr Baumgärtner ein, wenn es der Wahrheitsfindung dient. Danach kommt die Frage von Frau Sabathil, die Herr Dr. Küppers beantworten wird. Herr Baumgärtner, Sie dürfen gerne Ihre Vorlage vorstellen.

Bfm. StR Baumgärtner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu der sich abzeichnenden Diskussion vorab sagen: Wir sind in öffentlicher Sitzung. Das Thema lässt

sich nicht völlig von dem Thema Vergabekriterien und der Diskussion über Vor- und Nachteile der einzelnen Entwürfe bzw. Bieter trennen. Ich möchte darauf hinweisen, wir sind jetzt in öffentlicher Sitzung und sollten über diese Themen eigentlich nicht diskutieren sollten.

Die Vorlage ist relativ klar und knapp: Der Stadtrat hat im April 2017 das vorläufige Nutzerbedarfsprogramm beschlossen. Es ist die Aufforderung, einen Planungswettbewerb durchzuführen und die Vorplanung für die Sanierung des Gasteigs zu machen. Im Oktober 2018 wurde die Vergabe an das Architekturbüro beschlossen.

Das Referat und ich als Referent nehmen das zum Anlass, zu diesen klaren Themen angesichts des Antrags Stellung zu nehmen. Der Beschluss vom April 2017 hat noch immer Bestand, solange der Stadtrat keinen anderweitigen Beschluss fasst. Die Fraktion Die Grünen - rosa liste hat einen Antrag gestellt, wonach man sich zur Generalsanierung bekennen und das VgV-Verfahren fortsetzen soll. Das dient zur Klarstellung angesichts dessen, dass immer wieder eine Grundsanierung mit akustischer Optimierung ins Spiel gebracht worden ist und diese Sanierungsvarianten keine funktionalen Verbesserungen bedeuten, was im Übrigen aus dem Antrag der Grünen hervorgeht. Es soll nur der Klarstellung dienen: Der Stadtrat dokumentiert erneut, er möchte von der Generalsanierung nicht abrücken.

So weit von meiner Seite. Herr Dr. Küppers kann vielleicht noch etwas mehr Licht auf die Frage von Frau Sabathil werfen - ergänzend vielleicht auch Herr Wagner.

StRin Sabathil:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht gedacht, dass es ein so großes Problem ist, wenn ein Referent, der die Vorlage erstellt hat, diese näher erläutert. Es war auch kein so großes Problem. Ich denke, dass wir heute eine wichtige Sitzung bezüglich des Gasteigs haben und ein paar Leute schon etwas dazu sagen sollten.

Es ist erstaunlich, wie sehr eine so wichtige Angelegenheit wie der Gasteig in einer Stadt wie der Landeshauptstadt München „versemmelt“ werden kann. Man muss es wohl leider so beurteilen. Obwohl viele Häuptlinge dabei waren, weiß man eigentlich gar nicht, wie es hat dazu kommen können. Wegen dieser Irrtümer haben wir schon viel Zeit vertan. Das ist schlimm genug und auch imageschädigend. Aber dass jetzt wieder jemand anfängt, die Angelegenheit von Neuem aufrollen zu wollen, finde ich wirklich unerhört, nachdem wir in die Gänge gekommen und ununterbrochen

von dem von uns gefassten Beschluss ausgegangen sind. Den haben wir uns lange erkämpft. Ich verstehe nicht, was da vorgeht.

Ich weiß auch nicht, ob es außer der SPD noch Parteien gibt, die nur für die Grundsanierung sind. Die Generalsanierung ist doch auch für diejenigen Menschen, die nicht in die Philharmonie gehen. - (Vereinzelt Beifall) - Es ist doch gerade für diejenigen wichtig, die in die Bibliothek oder zur Volkshochschule gehen wollen. Dass ausgerechnet die SPD es diesen Leuten nicht gönnt, etwas Besseres zu bekommen, finde ich schade.

Was mit der Philharmonie gemacht werden soll, ist letztlich nicht das Beste. Ich komme zu meiner ersten Frage: Würde Herr Toyota die Angelegenheit auch in die Hand nehmen, wenn es sich nur um eine Grundsanierung handelt? In einer Zeitung habe ich gelesen, dass es Herr Toyota gar nicht machen würde, weil es ihm sozusagen zu wenig wäre.

Die zweite Frage lautet, ob man die auf Seite 3 angeführten Risiken genauer benennen kann. Mit welcher Art Risiken hätten wir bei einer Grundsanierung zu kämpfen? Kann man die Summen von Seite 4, die uns verloren gehen auseinanderdividieren, um zu erkennen, wozu welche Summen gehören? Ich weiß nicht, ob es öffentlich behandelt werden darf. Eigentlich hat der Steuerzahler schon ein Recht darauf zu wissen, wohin es geht. Auf Seite 3 steht im letzten Absatz:

„Die Entscheidung für eine Grundsanierung würde eine Aufhebung des laufenden Verfahrens des Wettbewerbs bedeuten. Dieser Schritt könnte ein sehr hohes Rüge- und Klagerisiko zur Folge haben und hätte damit massive Auswirkungen auf den Zeitplan.“

Ich hätte gerne gewusst, ob man das konkret sagen kann. Was bedeutet hohes Klage- und Rüge-Risiko? Kann man in Prozenten ausdrücken, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist? Ich hätte gerne die Höhe des Schadensersatzanspruchs gewusst. Auf Seite 4 der Vorlage steht:

„An eine Aufhebung eines Realisierungswettbewerbs werden hohe Anforderungen gestellt.“

Ich wüsste gerne, welche Anforderungen konkret auf uns warten. Ich möchte Sie bitten, diesen Punkt ernst zu nehmen. Es geht um ein wesentliches kulturelles Zentrum in München, um das kulturelle Zentrum schlechthin. Darum wäre es mir sehr wichtig, dass man Nägel mit Köpfen macht und das schon beschlossene Geld tatsächlich ausgibt, dies um so mehr, als wir sehr viel Geld ver-

lören, wenn wir die Sache umdrehen und zur Grundsanierung zurückkehren würden. Ich bitte Sie dringend, sich das noch einmal genau zu überlegen. Es wäre auch für die Öffentlichkeit schön, wenn wir einer Generalsanierung einstimmig zustimmen könnten. Das wäre ein gutes Signal nach außen.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit jährlich fast zwei Millionen Besuchern ist der Gasteig das größte Kulturzentrum Europas. Seine Sanierung, um ihn für das 21. Jahrhundert kulturell fit zu machen, ist das mit Abstand größte kulturpolitische Projekt der Landeshauptstadt München. Ob es 0,3 Mrd. € oder 0,5 Mrd. € kostet - es wird teuer. Es ist auch insgesamt das größte Einzelprojekt der Stadtpolitik, das wir vor uns haben - außer den hoffentlich nie kommenden Autotunnels. Es steht übrigens auch prominent im Koalitionsvertrag, den die GroKo angeblich so gut gemeinsam abgearbeitet hat.

Liest man in den letzten Wochen und Monaten die Medienberichte, vor allem auch die überregionalen, denkt man nicht, wir sind in der heimlichen Kulturhauptstadt, sondern eher in Schilda. Als Münchner Kulturpolitiker hat man nicht das Gefühl, sich stolz präsentieren zu können, sondern dass man sich ein bisschen schämen muss. Es ist eine Kette von Pleiten, Pech und Pannen, die auch diese große Koalition mitzuverantworten hat: zuerst juristisch zumindest eine steigerbare Kompetenz, um nicht zu sagen Unvermögen und Dilettantismus. Dieser Mangel besteht trotz der Rechtsabteilungen, die die Stadtspitze, die Bürgermeister, die Referate, der Gasteig und die Rechtsberater aufweisen. Ich bin zwar Aufsichtsratsmitglied, habe aber keine eigene Rechtsabteilung.

Zu diesem juristischen Unvermögen kam aus meiner Sicht auch ein bisschen ein mangelndes Interesse hinzu. Es gab schon Protagonisten, bei denen ich das Gefühl hatte, die Landtagswahl war wohl stärker im Fokus als das „Reinfuchsen“ in alle Details der juristischen und prozeduralen Fragen der Vergabe. Man kann es politisch verstehen, es ist aber schädlich. Zu diesem juristischen Unvermögen kam wechselseitige Missgunst und Kommunikationsverweigerung innerhalb der großen Koalition hinzu. Das macht es zu einer explosiven Mischung. Man hatte das Gefühl, wenn der eine Partner, der vielleicht mit dem Projekt renommieren wollte, etwas falsch macht, setzt man sich nicht mit ihm zusammen und versucht nicht, Fehler zu heilen, sondern man tritt ihm über die Presse noch ein bisschen ans Schienbein.

Kurz vor Ende des Vergabeverfahrens gab es eine Pressemitteilung von Herrn Alexander Reissl. Ob es dem juristischen Standpunkt der Stadt und des Gasteigs genützt oder geschadet hat, überlasse ich Ihrem Urteilsvermögen.

Als dieses Vergabeverfahren wegen einiger Fehler aufgehoben wurde, hat man vielleicht gedacht, dass sich alle zusammensetzen und nach einer gemeinsamen Lösung suchen - vielleicht ohne uns, der Opposition, aber zumindest in dieser großen Koalition. Anscheinend wurde dort nicht so viel kommuniziert und wenn, dann lieber über die Presse. Begonnen hat die Infragestellung dieses Großprojekts damit, dass die Presse aus einer Fraktionssitzung der SPD etwas gehört hat. Es wird klargestellt, und es gab eine Pressemitteilung, aber Wochen später. Das freut natürlich die Pressebank, wenn lieber zuerst mit ihnen gesprochen als mit den Koalitionspartnern und anderen Fraktionen. Aber ich sage Ihnen ernst: Der Sache dient das nicht.

Dann dachte man, wenn die SPD einen anderen Vorschlag hat - sie ist eine Regierungspartei mit großer Verantwortung -, wird sie diesen Vorschlag in allen Details ausarbeiten, über die Fallstricke, die Pro und Kontra reden, ein Konzept präsentieren, Mehrheiten für dieses Konzept suchen - zuerst mit dem Koalitionspartner und dann vielleicht insgesamt. All das habe ich erwartet. Ich suche nach einem realistischen Alternativkonzept mit Antworten auf viele Fragen. Vielleicht werden alle Fragen vom Kollegen Reissl beantwortet. Ich bin gespannt auf seine Wortmeldung.

Auf vieles habe ich gewartet, u. a. auf eine konstruktive Mehrheitssuche. Ich habe den Oberbürgermeister aufgefordert, zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe oder zu einer Besprechung einzuladen. Das hat er gemacht. Es wurde nur kurz erzählt, was bei wem in der Fraktion lief. Eine Konsenssuche war das nicht. Nachdem Vertreter des Gasteigs gesagt haben, ein anderer Weg dauere länger, dachte ich, die SPD präsentiert uns jetzt einen alternativen Zeitplan, der eine kürzere Verzögerung als fast drei Jahre hat, wenn man plötzlich zu einem anderen Konzept kommt, das noch nicht so durchgearbeitet ist. Zu der Generalsanierung gibt es Steckbriefe usw., zur Grundsanierung nicht. Was kam? Nichts!

Ich dachte, es gibt eine klare Begründung, warum die SPD sagt, Bibliothek usw. brauchen keine tiefergehenden Modernisierungen, aber die Philharmoniker wegen der Akustik schon. Was kam? Nichts. Ich dachte, es käme ein Vorschlag, was mit dem renommierten Münchner Kammerorchester geschieht. Bei einer Generalsanierung wäre ein Platz für das Münchner Kammerorchester vorgesehen, aber ohne Generalsanierung wäre es ohne Obdach. Gibt es dazu ein Alternativkonzept? Was kam? Nichts.

Ich dachte, nach der vollmundigen Ankündigung gibt es in kleinerem finanziellen Rahmen und ohne den Grundumbau Verbesserungen für alle Institute. Ich dachte, es kommen Vorschläge, wie das bei einer Grundsanierung geschehen soll. Was kam? Nichts.

Ich dachte, es kommen Angaben, wie das rechtlich ist und ob die Vergaben hinsichtlich der Akustiksanieierung überhaupt gelten, wenn plötzlich das Verfahren aufgehoben wird. Was kam auf diese Frage? Nichts!

Ich habe erwartet, dass etwas dazu kommt, wie man die Verbesserungen schaffen kann, wenn man weitgehend im Bestand baut, was mehr Risiken und weniger Möglichkeiten bietet. Was kam? Nichts. Ich habe eine Antwort auf die Frage erwartet, wie man rechtlich mit einer Aufhebung einer ganzen Ausschreibung und den Rechtsrisiken umgeht. Was kam? Nichts. Wie lauten das Resümee auf die vielen Fragen und die wenigen bis keine Antworten? Ein Satz mit X. Zu dem Konzept der SPD bleibt mir nur wie Bertolt Brecht in „Der gute Mensch von Sezuan“ zu sagen:

*„Wir stehen selbst enttäuscht und sehen betroffen
den Vorhang zu und alle Fragen offen.“*

(Zurufe: Ah! Oh! - Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Die Presseabteilung der SPD ist sehr gut. Es klingt gut: Wir schaffen trotzdem mit weniger Geld und ohne juristische Risiken ganz tolle Verbesserungen. Aber wie machen Sie das? Eine Einsparung von 150 Mio. € und trotzdem eine Verbesserung für alle Institute sowie Rechtssicherheit? Welchen Zaubertrick haben Sie? Wie können Sie die Quadratur des Kreises hier erklären? Für mich ist es eher eine Voodoo-Kulturpolitik.

Es ist eine Politik dagegen, ohne eine realistische konstruktive Alternative. Ohne eine Suche nach Mehrheiten wird einfach gesagt: Wir sind die Sparer und wenn es nach uns ginge, würde alles billiger und trotzdem gut laufen. Mehrheiten bekommen wir nicht, aber wir können uns jetzt einmal so toll darstellen. Wenn wir so etwas machen würden, käme gleich Herr Reissl mit dem Einwand: Symbolpolitik, Schaufensterpolitik, unrealistisch, kein Verantwortungsbewusstsein! Aber als Regierungspartei kann man das machen. Ich wundere mich immerzu.

Wir als Opposition könnten es uns leicht machen, wenn unser Interesse nur ein größtmögliches Chaos in der GroKo wäre. Wir bräuchten nur der SPD zuzustimmen und die GroKo ohne klares Ziel und ohne ausgearbeiteten Plan kulturpolitisch ins Chaos reiten zu lassen. Nein, das machen

wir nicht, obwohl wir in dem ganzen Prozess kritische Anmerkungen hatten. Ich bin kein Fan des Gasteigs als Gebäude. Ich könnte mir da auch ein neues Gebäude vorstellen, aber dieser Zug ist abgefahren. Ich bin auch kein riesiger Fan davon, dass alle Kulturinstitute im Stadtzentrum sein sollen. Wir waren einmal ein großer Fan des Vorschlags, den Musikgasteig in die Paketposthalle zu verlegen. Es ist schon vieles passiert und es wurde viel Geld in diese Richtung investiert. Jetzt noch einmal die Pferde scheu zu machen und zu sagen, wir gehen in eine ganz andere Richtung, kann man leicht sagen, aber ohne riesige Verluste an Geld und Zeit nicht verwirklichen. Es stellt sich auch die Frage, wie es weitergeht mit Einrichtungen im Gasteig, die schon eine gewisse Lebenszeit erreicht haben.

Deshalb haben wir uns nicht dazu entschieden, was wir bei diesen vielen Pleiten, Pech und Pannen hätten machen können, nämlich eine grundsätzlich radikale Fundamentalopposition zu betreiben. Nein, wir versuchen Euren Weg mitzugehen, wo es eine gute Zukunft für das gibt, was wir kulturell im Gasteig haben wollen. Vielen Dank für die Vorlage und für die Klarstellung. Wir werden der Vorlage zustimmen und würden gerne aus kulturpolitischer Sicht und aus Sicht der Institutionen, die im Gasteig ihren Raum haben, eine Stellungnahme des Kulturreferates sowie der Nutzer der Bibliothek und der Münchner Volkshochschule hören. Danke schön. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser komplizierten Frage ist es nicht besonders hilfreich, grundsätzliche Bekenntnisse abzugeben und den Kopf in den Sand zu stecken.

Der Titel des Antrags der Grünen heißt: „Die Landeshauptstadt München bekennt sich weiterhin zur Generalsanierung des Gasteigs“. Die ist aber noch gar nicht beschlossen. Ich weiß nicht, ob der Kollege Dr. Roth das mitbekommen hat. Vielleicht war er auf der falschen Facebook-Seite. Der Beschluss lautet, dass wir auf der Grundlage des Modells Generalsanierung die 25 sogenannten Steckbriefe ausarbeiten. Ziel ist es, kostenmäßig zu bewerten, welcher dieser Teile tatsächlich realisiert werden kann bzw. soll.

Wir befinden uns erst auf dem Weg zur Generalsanierung, und zwar auf einem mittlerweile gescheiterten Weg dorthin. Das ist das wesentliche Motiv, das uns als SPD-Fraktion in diesem Rathaus antreibt. Lassen Sie sich also von dem seltsamen Titel des Antrags nicht in die Irre führen! Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat sich grundsätzlich dazu bekannt, den Gasteig zu

sanieren. Aber es gibt keinen Beschluss im Münchner Rathaus zu einer vollumfänglichen Generalsanierung in Höhe von mindestens 450 Mio. €. Die Grundlage ist eine andere.

Zu den Begriffen Sanierung, Grundsanierung und Generalsanierung: Ich weiß nicht, wer was darunter versteht. Wir haben festgestellt, dass der Rohbau dieses Gebäudes eine grundsätzliche Substanz hat. Auch die gebäudetypischen Backsteinwände außen und innen sind in einem guten Zustand. Die Glaselemente in den Fassaden sind in keinem guten Zustand mehr und müssen saniert werden. Bei einem Gebäude, das vor 35 Jahren in Betrieb gegangen ist, gilt das Gleiche auch für die technische Gebäudeausrüstung wie Strom, Wasser und Abwasser. Vieles andere, wie z. B. die Toiletten, sind schon einmal erneuert worden. Es kann also niemand sagen, wir würden nichts für den Gasteig tun. Mittlerweile haben wir in dieses Gebäude zweistellige Millionenbeträge für Brush-Up und Facelift investiert.

Bei dem Begriff Generalsanierung vermutet wahrscheinlich der billig und gerecht denkende Mensch: Was kaputt ist, wird saniert, und was man vernünftigerweise mitsanieren kann, wird auch saniert. Nein, das ist nicht der Fall. Dahinter steht ein fast vollkommener Umbau des Gasteigs.

Jetzt wird so getan, als ginge die kulturpolitische Welt in München unter, weil man sonst angeblich überhaupt nichts macht. Seit der Inbetriebnahme des Gasteigs 1984 ist jede Menge in dieser Stadt passiert. Seitdem sind viele dezentrale Kultureinrichtungen in den Münchner Stadtvierteln in Betrieb genommen worden. Das war wesentlich eine Initiative der SPD in München und der SPD-Stadtratsfraktion. Ich kann mich an eine Zeit erinnern, als Bürgerhäuser - nicht alle heißen heute so - Instrumente der sozialistischen Zwangsbeglückung waren. Gott sei Dank brauchen wir diese ideologischen Auseinandersetzungen nicht mehr. Aber die Häuser gibt es, und sie werden angenommen. 1984 gab es in dieser Stadt nur ganz wenige solcher Einrichtungen, und heute haben wir dezentral ein sehr breites Angebot.

Die Münchner Volkshochschule hat nach 1984 eine Reihe von zusätzlichen Stadtteilzentren und Veranstaltungsorten bekommen: die Einsteinstraße als großes Zentrum und außerdem die Standorte im Arabellapark, in Forstenried, in Laim, in Neuhausen, am Hasenberg, in Moosach, am Scheidplatz und in der Gardinistraße. Die Münchner Volkshochschule muss nicht mit den Ressourcen von 1984 auskommen, sondern die Stadt hat für die Münchner Volkshochschule zu Recht und sinnvollerweise ganz viel getan.

Ein wesentlicher Grund für die Wünsche der Münchner Volkshochschule ist, dass man bei der großen Gebäudetiefe Unterrichtsräume ohne Tageslicht hat. Das mag man als einen Mangel empfinden. Allerdings sollte man berücksichtigen: In Unterrichtsräumen der Volkshochschule hält man sich nicht wie an einem Arbeitsplatz über Stunden dauerhaft auf, sondern in der Regel für zwei Unterrichtseinheiten, also für 90 Minuten. Interessant ist auch die Frage, wie oft das Kursangebot der Münchner Volkshochschule bei Tageslicht stattfindet. Muss man dafür tatsächlich so viel Aufwand treiben, um diesen vielleicht verständlichen Wunsch zu erfüllen?

Laut erster Kostenschätzung will man 23 Mio. € für das Foyer der Philharmonie aufwenden. Man kann darüber streiten, ob man heute noch einen Teppich verlegen würde. Aber das ist eine lächerliche Kleinigkeit. Im Großen und Ganzen funktioniert das Foyer vor der Philharmonie. Ist es tatsächlich ernst gemeint, dafür 23 Mio. € oder mehr auszugeben?

Die Münchner Stadtbibliothek wurde seit 1984 mitnichten stiefmütterlich behandelt. Das Konzept der Mittelpunktsbibliotheken mit einem deutlich größeren Angebot wurde beschlossen. Sie wurden gebaut, funktionieren und werden in Anspruch genommen. Der weitaus größere Teil der Nutzer der Münchner Stadtbücherei geht gar nicht zum Gasteig, sondern zu den dezentralen Einrichtungen. Sie haben mittlerweile auch samstags geöffnet, auch auf Initiative der SPD-Fraktion.

Manche unterstellen der SPD, sie wolle keine Verbesserungen für die Institute in diesem Haus, sondern sie sei nur für die elitäre Kultur. Daraus wollen sie einen politischen Vorteil ziehen. Das ist natürlich hochgradiger Blödsinn.

Natürlich profitiert jedes Institut im Gasteig von einer funktionierenden und modernen technischen Ausstattung des Gebäudes. Alle Mitarbeiter und alle Nutzer haben etwas davon. Aber aus einem vollkommen anderen Grund kommen wir zu einem anderen Ergebnis. Kollege Dr. Roth, ich habe nicht verstanden, warum Sie nicht zu dem gleichen Schluss kommen. Sie haben Ihre Rede nämlich mit dem gleichen Ansatz begonnen. Nach meiner Einschätzung ist der Realisierungswettbewerb in Kombination mit einem Vergabeverfahren heute schon gescheitert.

Man kann den Kopf in den Sand stecken und so tun, als wäre das nicht der Fall. So begibt man sich in die Hände von wenigstens zwei Wettbewerbsteilnehmern. Wir haben schon erlebt, dass in einem Vergabeverfahren unterlegene Wettbewerbsteilnehmer zur Vergabekammer gegangen sind. Wer gibt Ihnen denn die Sicherheit, dass dieses Vergabeverfahren nach der Entscheidung der Vergabekammer überhaupt zu einem vernünftigen Ende kommt, und vor allem innerhalb des Zeit-

plans? Diese Sicherheit gibt es nicht. Damit steigern Sie von Tag zu Tag, von Beschluss zu Beschluss das Risiko, dass dieses Verfahren scheitert. So vergeht viel Zeit, in der der Gasteig in keiner der fünf Varianten, die uns vor drei Jahren vorgestellt worden sind, saniert wird.

Da das Wettbewerbsergebnis öffentlich gemacht wurde, darf man aus der Wettbewerbsausschreibung zitieren. In den Entscheidungsgründen der Vergabekammer kann man nachlesen: Die Wettbewerbsteilnehmer sind ermuntert und aufgefordert worden, in ihren Entwürfen das Haus grundlegend zu verändern. - (Zwischenruf: Das wollten wir ja auch!) - Ja, das mag sein. Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die Urheberrechtsinhaber im vergangenen Jahr eine Denkschrift an die Stadt München gerichtet haben, in der genau das Gegenteil steht.

Natürlich ist das Urheberrecht für das Wettbewerbsverfahren nicht entscheidend. Trotzdem kann ich mir als Bauherr darüber Gedanken machen. Rege ich die Architekten, die mein Bauwerk sanieren sollen, dazu an, es so weit wie möglich zu verändern? Mit dem Risiko, dass der Urheberrechtsinhaber nicht mitgeht? Oder berücksichtige ich das von Anfang an? Es ist definitiv nicht berücksichtigt worden.

Es wird gesagt, die Urheberrechtsinhaber hätten dem zugestimmt. Irgendjemand lügt uns an und bleibt nicht bei der Wahrheit. Niemand von uns war dabei. Aber wir kennen die Wettbewerbsbedingungen und die Rückfragen aus dem Kolloquium. Die Teilnehmer des Realisierungswettbewerbs sind ausdrücklich dazu aufgefordert worden, dieses Haus so weitgehend wie möglich zu verändern. Das ist Fakt. Ebenso ist Fakt: In der Denkschrift steht, wesentliche Gestaltungselemente dieses Gebäudes, wie die Bastion oder der Ziegel, sollen nach Wunsch der Urheberrechtsinhaber nicht verändert werden.

Jetzt machen wir weiter. Rechtlich dürfen wir das. Aber was kommt am Ende dabei heraus? Können wir die Urheberrechtsinhaber dafür gewinnen oder nicht? Wie viel Geld kann ein Urheberrechtsinhaber nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) oder einer anderen Regelung bekommen, wenn er sich mit den Veränderungen des Gebäudes einverstanden erklärt? Man kann auch versuchen, mit einem Urheberrechtsinhaber eine gerichtliche Auseinandersetzung zu führen. Viel Vergnügen! Das dauert zehn Jahre, und währenddessen darf der Gasteig nicht verändert werden.

Wir halten es für einen Fehler, dass man die Teilnehmer des Wettbewerbes ausdrücklich dazu aufgefordert hat. Ein zweiter Fehler war, drei erste Preise zu küren. Auch darüber kann man reden,

weil es längst in der Öffentlichkeit bekannt ist. Ich habe das noch nie bei einem Realisierungswettbewerb erlebt. Dabei ist das Ergebnis des Architektenwettbewerbs ein wesentliches Entscheidungskriterium für das Vergabeverfahren. Bei drei ersten Preisen legt man das Kriterium Architektur einfach lahm. Es entscheidet nichts mehr. 40 % der Entscheidungskriterien sind mit diesem Fehler passé. Mir geht es nicht um den Vorwurf, wer den Fehler gemacht hat, sondern um die Feststellung, dass dieser Fehler gemacht wurde. Er ist definitiv nicht heilbar.

Zur internen Debatte, wie wir dieses Vergabeverfahren retten können: Ich weiß, dass ich vorsichtig werden muss. Aber in Bezug auf die Entscheidungsgründe der Vergabekammer ist noch kein Vorschlag gemacht worden, der mich überzeugt hat. Die Vergabekammer rügt im Wesentlichen den Umgang mit dem Bestand der Architektur, und das kommt in den Diskussionen um die Fortsetzung des Vergabeverfahrens schlicht und einfach nicht mehr vor.

Wenn eine Entscheidung für einen dieser drei Architekten fällt, was werden die anderen beiden machen? Sie werden wieder rügen, die Gasteig GmbH wird wieder zurückweisen, und mindestens einer wird wieder vor die Vergabekammer gehen. Das ist doch vollkommen logisch und klar. Warum muss man einen toten Gaul unbedingt weiter reiten und das kulturpolitisch verbrämen? - (Beifall der SPD) - Es wird ein kulturpolitisches Desaster! Überlegen Sie es sich noch einmal! Wir haben den Versuch unternommen.

Natürlich haben wir versucht, über das Thema zu reden. Als Erstes ging bei einem Mitglied meiner Fraktion eine Presseanfrage ein. Wenn man das in die Öffentlichkeit zerrt, dann redet man auch öffentlich darüber. Herr Dr. Roth, als Sie den Oberbürgermeister zum interfraktionellen Gespräch aufforderten, haben wir unsere Bedenken und Argumente vorgetragen. Nach geraumer Zeit haben Sie uns mitgeteilt, dass Sie das nicht überzeugt. Das haben Sie auch heute dargelegt. So war die Entwicklungsgeschichte der letzten Wochen.

Wenn Sie es gut meinen mit dem Gasteig und seinen Nutzerinnen und Nutzern, wenn Sie möchten, dass dieses seit 35 Jahren betriebene Gebäude saniert wird, nehmen Sie zur Kenntnis: Dieses Verfahren ist gescheitert. Das Desaster kann sich nur vergrößern, wenn man diesen Weg weitergeht. Ziehen Sie den Kopf aus dem Sand, setzen Sie noch einmal auf Null, und beginnen Sie von vorn!

Es mag sein, dass Geld verloren gegangen ist. Aber wenn eintritt, was wir befürchten, wird es noch deutlich teurer. Es wird weiter Zeit vergehen, und wir werden in zwei, drei oder vier Jahren wieder

darüber nachdenken müssen, ob der eingeschlagene Weg weitergegangen wird, oder ob man noch einmal von vorn anfangen soll.

Herr Matzig, seit Jahrzehnten ein journalistischer Begleiter von Architekturverfahren in München, hat nach der Veröffentlichung der Entscheidung der Vergabekammer einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* verfasst. Er hat geschrieben, es wäre sinnvoll, dieses gescheiterte Verfahren jetzt zu beenden. - (Beifall der SPD)

StR Ranft:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gasteig ist auf dem Weg, eine never ending story zu werden. Das hat er nicht verdient. Wir sehen es wie der Kollege Reissl: Das VGV-Verfahren ist gescheitert. Wir sind der Überzeugung, das ist der letzte Zeitpunkt, zu dem man das Projekt, so wie es im Moment angedacht ist, noch stoppen kann.

Verfasser von Leserbriefen in Zeitungen schreiben, sie können nicht verstehen, dass man für die Sanierung eines Gebäudes fast 500 Mio. € ausgibt. Woher kommt das? Es ist richtig, beim Bauen verwendet man technische Begriffe wie Sanierung oder Generalsanierung. Tatsächlich entsteht aber aus einem alten Gebäude ein komplett neues Gebäude, und die Fläche nimmt um 8.000 m² zu. Da beginnt die Krux! Das hätte man von Anfang an kommunizieren müssen, und es ist nicht passiert. Der Öffentlichkeit und den Nutzern fällt es schwer, zu verstehen, was passiert ist. Das ist ein erheblicher Nachteil.

Ich verrate kein Geheimnis: Anwälte reden in der Regel im Konjunktiv und nicht im Präsens. Das tun in der Regel die Gerichte. Was von der Geschäftsleitung des Gasteigs zur Heilung der Beanstandung der Vergabekammer vorgetragen wird, bietet keine Sicherheit. Es sind Möglichkeiten, die passieren könnten. Auch da bin ich beim Kollegen Reissl.

Die Kosten werden sicher die genannten 500 Mio. € übersteigen, und es wird schwierig werden, für dieses Projekt überhaupt eine Baufirma zu finden. Die Baupreise steigen um 4 % pro Jahr. Wenn es zu einem Urheberrechtsverfahren kommt, kostet uns also allein das Warten pro Jahr 20 Mio. € und in zehn Jahren 200 Mio. € - ohne dass irgendetwas passiert.

Wir bemängeln auch erheblich, dass für das Projekt kein Plan B entwickelt wurde. Es gibt in der Bundesrepublik ein sehr berühmtes Gebäude, bei dessen Herstellung alles schief gegangen ist, was schief gehen kann. Dort ist das große Manko, dass es keinen Plan B und kein Ausstiegssze-

nario gibt. Das haben wir beim Gasteig auch nicht, man hat sich keine Gedanken über eine Alternative gemacht. Der Kollege Dr. Roth hat das angesprochen.

Wir hatten eine Anfrage gestellt, ob der Konzertsaal, der jetzt im Werksviertel entsteht, in der Paketposthalle möglich wäre. Die Antwort der Verwaltung war: Das geht nicht, der Flächenbedarf für den Gasteig ist zu groß und kann in der Halle nicht untergebracht werden. Mittlerweile hat der Investor aber auch die Flächen außen herum. D. h., es ist bautechnisch machbar, dort ein entsprechendes Kulturzentrum zu errichten.

Ich habe das Bild vor Augen: Wir sitzen in einem D-Zug, der auf eine Betonmauer zufährt, und sagen der Öffentlichkeit, wir haben die Notbremse ausgebaut, damit der Zug schneller fahren kann. So stellt sich für mich der Sachverhalt im Moment dar. Das hat weder der Gasteig noch die Münchner Bevölkerung verdient.

Der Gasteig ist eine Kultureinrichtung, die einen hohen Stellenwert hat und von der Bevölkerung sehr stark genutzt wird. Das steht überhaupt nicht zur Diskussion. Uns treibt die Sorge um, ein Projekt in der Größenordnung zwischen 500 Mio. € und 1 Mrd. € komplett gegen die Wand zu fahren. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gegenüber verantwortlich. Ich möchte nicht wissen, was wir in den Medien um die Ohren gehauen bekommen würden. Wir sollten diese letzte Chance nutzen, um das Projekt zu stoppen, und uns sehr ruhig überlegen, wie wir weitermachen. Danke für die Aufmerksamkeit! - (Beifall der FDP - HUT Stadtratsfraktion)

StR Quaas:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Diskussion war vom Punkt Null die Rede. Ich habe gedacht, wir haben ihn schon vor drei Jahren hinter uns gelassen. Seitdem haben wir sehr genau gewusst, auf was wir uns einlassen und was wir politisch wollen - und zwar lange Zeit über fast alle Fraktionen hinweg. Was wir heute erlebt haben, bringt uns - egal, wie wir das Verfahren fortsetzen - in juristische Schwierigkeiten.

Zur Feststellung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, er müsse vorsichtig werden: Er hätte meines Erachtens schon früher vorsichtig werden müssen. Alexander Reissl hat die Verfahrensschritte durchaus richtig geschildert. Aber hier geht es auch um einen politischen Willen und darum, etwas gemeinsam voranzubringen. Das ist heute in einer krassen Art und Weise in Zweifel gezogen worden. Nach den Erfahrungen der letzten Monaten kann das durchaus einen juristischen Niederschlag finden - egal, wie wir weitermachen.

Es geht hier nicht nur um den Gasteig, sondern um die Frage, ob wir städtische Großprojekte in München unter diesen Umständen überhaupt noch umsetzen können. Dieselben Probleme wie beim Gasteig werden wir bei vielen anderen Projekten, z. B. bei Schulen, bekommen. Wenn man die Büchse der Pandora einmal aufmacht, weckt man andere Leute auf. Sie haben die Möglichkeit, bei jedem kleineren Projekt juristisch genauso vorzugehen, wenn es nur ein beispielgebendes Verfahren an der Spitze gibt. Ich halte das für kein verantwortungsvolles Handeln. Es ist nicht im Sinne der Stadt und ihrer Finanzen.

Ich verstehe jede Furcht und jede Angst. Wir kennen die Probleme mit dem Berliner Flughafen und mit der Elbphilharmonie in Hamburg. Man kann die Liste beliebig fortsetzen. Aber darf so etwas Stillstand bedeuten? Ich denke nicht. Der Weg, den wir bisher gegangen sind, war doch nicht falsch. Dieses Verfahren wurde wie viele städtische oder private Juryverfahren vom Planungsreferat abgewickelt bzw. begleitet. Keiner hat vorausgesehen, dass die Vergabekammer es aufhebt. Wenn heute jemand sagt, er habe es gewusst, hätte ich das gern vorher gehört. Im Aufsichtsrat oder anderswo habe ich es von niemandem gehört. Ich kann mich an viele Wettbewerbe erinnern, bei denen auf Anregung oder auf Druck des Planungsreferats bzw. von Architekten mehrere erste Preise vergeben wurden. Das und nichts anderes hat zu den juristischen Problemen geführt. Bisher war dieses Verfahren in München üblich. Nun können wir es uns für alle Zeiten abschminken.

Wir waren all die Jahre auf einem Irrweg und hatten Glück, dass die Verfahren nicht aufgehoben wurden, weil niemand dagegen geklagt hat. Die Klagebereitschaft der Architekten und Ingenieurbüros ist gestiegen. Wie sich herausgestellt hat, lässt sich mit einer Klage das eine oder andere herausholen. Dann einigt man sich nach zehn Jahren - wie bei Stephan Braunfels und die Pinakothek der Moderne. Irgendwo gibt es einen Weg. Das macht alle öffentlichen Bauvorhaben unendlich schwierig und kompliziert.

Die Meinung des Kollegen Dr. Roth teile ich in vielen Punkten - abgesehen von seinem polemischen Wahlkampfgeschrei, in dem er versucht, die Verantwortung auf unseren damaligen Bürgermeister Josef Schmid abzuwälzen. Florian, ich verstehe dich ja. Wäre ich in der Opposition, würde ich es vielleicht genauso machen: Richtig in die Vollen gehen und einen Dreckspritzer abgeben. Aber du bist auch im Aufsichtsrat und hast es nicht gewusst. Keiner hat gesagt, wir dürften dem juristischen Rat der Vergabespezialisten nicht folgen - weder die Vertreter der SPD noch du oder ich.

Das Verfahren war unter den gewohnten Umständen sehr sachgerecht und juristisch gut aufbereitet. Du magst den Kopf schütteln, aber es gibt den alten Satz über einen Juristen, fünf Juristen usw. Die Meinungen und die Rechtsprechung ändern sich oft. Man kann sich nicht mehr sicher sein, ob die Gerichte das, was vor zehn Jahren in Ordnung war, noch genauso sehen. Die Juristen der Landeshauptstadt München haben unisono keine Bedenken gehabt - selbst wenn du darüber lachst, lieber Florian. Auf welchen Expertenrat soll sich der Stadtrat sonst verlassen?

Wir sind in einer schwierigen Situation. Die meisten Medienvertreter auf der Pressebank möchten möglichst griffige Berichte in ihren Zeitungen drucken. Darin werden all die heute geäußerten Bedenken gegen dieses Projekt einen breiten Raum einnehmen. Das wird uns in dem Verfahren belasten - egal, wie wir uns entscheiden. Beide Verfahren - das von der Mehrheit favorisierte und der SPD-Vorschlag - sind belastet. Wir müssen überlegen, wie wir in Zukunft mit solchen Problemen umgehen. Ich prophezeie euch, das betrifft auch andere Projekte wie Straßenbahnlinien. Ich wünsche euch viel Vergnügen, wenn wir dieses Fass aufmachen.

Es gibt einen weiteren Punkt: Vertrauen in die Verwaltung. Ich vertraue der Gasteig-Geschäftsführung nach wie vor. Mannigfach wurde versucht, bei Medienvertretern und anderen Menschen Misstrauen zu schüren nach dem Motto: „Na ja, ob Herr Wagner alles im Griff hat...?“ Das führt zu Verunsicherung und nicht dazu, ein Projekt zu einem guten und ordentlichen Abschluss zu bringen.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Kulturreferenten, weil ich weiß, wie schwer es für ihn sein muss. Dr. Hans-Georg Küppers ist ein gestandenes Mitglied der SPD und macht es sich nicht leicht. Er steht mit seiner fachlichen Qualifikation und seinem Wissen hinter dem Konzept, über das wir heute diskutieren.

Natürlich können wir über die Begriffe Generalsanierung oder Grundsanierung streiten. Jeder von uns weiß, um was es geht. Über die Begrifflichkeit müssen wir uns nicht kleinlich auseinandersetzen. Es geht um ein Gebäude, dessen Konzeption Anfang der 1970er-Jahre entworfen wurde. Damals gab es keine Computer, keine Vernetzung und keine Lautsprecheranlagen nach heutigem Standard. - (StR Reissl: Die gibt es aber jetzt im Gasteig!) - Es kann ja sein, dass es dir nicht passt... - (StR Reissl: Die Stadt hat die strukturierte Vernetzung im Gasteig längst finanziert. Irgendwann musst du aufhören, Blödsinn zu reden.) - Lieber Alexander, du solltest aufhören, solange zu mäkeln, bis nichts mehr übrigbleibt. - (StR Reissl: Zwischenrufe musst du schon aushalten.) - Ich habe dich vorhin auch ausreden lassen und mir deinen Schmarrn angehört. Du magst

meine Worte als Schmarrn betrachten, aber du musst mich schon reden lassen. - (OB Reiter: Cool down. Kollege Quaas hat das Wort.)

Es ist ein Konzept aus den 1970er-Jahren. Seitdem hat sich viel geändert - nicht nur in Bezug auf die Technik, sondern auch auf die Funktionalität. Wir haben heute völlig andere Voraussetzungen, was den Raumzuschnitt und ähnliches betrifft. Wir bauen anders. Selbst die von dir genannten Stadtteilzentren orientieren sich nicht mehr am Gasteig.

Wir haben moderne Konzepte, die sich nach 50 Jahren oder rascher überleben werden. Wir bauen heute keine Amphitheater wie in Rom oder Verona, die bis heute rudimentär vorhanden sind und genutzt werden. Wir bauen ein modernes Kulturzentrum, einen kulturellen Mittelpunkt der Stadt. In Anbetracht der technischen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung werden unsere Kolleginnen und Kollegen in 40 oder 50 Jahren wieder an diesem Punkt stehen. Die Zeit ist schneller geworden.

Egal, wie die Abstimmung ausgeht, sollten wir in den nächsten Wochen gemeinsam versuchen, das Ergebnis einer demokratischen Abstimmung zu akzeptieren, nicht nachzutreten und das Beste daraus zu machen. Die Verwaltung und die Gasteig-Gesellschafter möchten das. Die Stadtgesellschaft hat ein Anrecht darauf, dass ein Beschluss respektiert und nicht zerredet wird.

Wir wollen alle das Beste für die Stadt. Da nehme ich die Kritiker nicht aus. Deswegen sind wir politisch tätig. In diesem Fall wollen wir das Beste für die Kulturpolitik, für den Gasteig und seine Nutzer. Wir sollten uns alle in den nächsten Wochen und Monaten etwas zurücknehmen und konstruktiv daran arbeiten, dass er doch noch ein Erfolgsmodell wird. Wir können in München anders arbeiten als in Berlin, Hamburg oder weiteren Orten, wo Großprojekte grandios gescheitert sind. Wir können es schaffen, wenn wir nicht an kurzfristige Wahlkampfvorteile denken, die uns die Bürgerinnen und Bürger sowieso nicht abnehmen. Ich bin optimistisch, aber dazu gehören ein gemeinsamer Wille, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Verwaltung. Ich habe dieses Vertrauen. Das ist nicht blauäugig. Was uns unter Umständen an Kompetenz fehlt, können wir hinzuholen.

Ich hoffe, nach der Abstimmung wird nicht alles vergessen sein, was in der heutigen Sitzung besprochen wurde. Es sind eigentlich selbstverständliche Dinge. Wir haben vor mehr als drei Jahren die Grundlagen gelegt. Darauf sollten wir bauen. - (Beifall der CSU)

StR Schmidbauer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es schade, dass dieses wichtige Thema für eine Wahlkampfveranstaltung genutzt wird. Dabei wird vergessen, wie alles begann. Damals kam der Gedanke auf, mit oder ohne Beteiligung des Freistaats Bayern einen neuen Konzertsaal zu bauen. Da wurden große Wünsche aufgetischt: die arme Stadtbücherei, die arme Volkshochschule. Der Konzertsaal sei nicht mehr tauglich für ein Orchester von Welt-rang. Alle Stadträtinnen und Stadträte standen damals im Wort. Jetzt stehen wir vor der Entscheidung: Wie geht es weiter mit dem Gasteig? Grundsanierung oder Generalsanierung?

Ich war im Preisgericht und fühlte mich wie gewohnt von der Verwaltung fair und gut beraten. Ich kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung keinen Vorwurf machen. Wir als kleine Partei wurden von der Gasteig-Geschäftsführung immer vollumfänglich, korrekt und sachlich über ihre Wünsche informiert.

Alexander, du hast über die Kosten gesprochen, wenn wir weitermachen. Du hast aber nicht über die Kosten gesprochen, wenn wir nicht weitermachen. Die drei ersten Preisträger werden ihre Forderungen stellen. Viele Beteiligte werden Schadenersatz in Millionenhöhe verlangen. Ich habe die Gasteig-Gesellschafter so verstanden: Sie seien in ständigem Kontakt mit dem Urheber und hätten den Eindruck, die Gespräche kämen zu einem guten Ergebnis. Das ist nicht sicher, aber besser, als auf die Schadensersatzansprüche der Preisträger zu warten. Dann befinden wir uns im Streit und reden nicht mehr miteinander.

Alle sagen, wir hätten eines der besten Orchester der Welt. Heute höre ich, wir hätten wunderbare Stadtteilzentren gebaut. Wollen wir die Philharmoniker dort spielen lassen? Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg wäre. Wir sind alle der Meinung, die Akustik des Konzertsaals entspreche nicht mehr den heutigen Maßstäben. Andernfalls hätten wir keinen Wettbewerb gebraucht, sondern lediglich die Lampen und Türschlösser erneuern lassen.

Die Stadtbibliothek ist so gestaltet, dass die Nutzer Zugang zu den Schreibtischen der Mitarbeiter haben und Vertrauliches lesen können. Es gibt keine Barrieren. Das war damals vielleicht so gewollt. Heute geht das nicht mehr. Das wäre gerade so, als könnte ich ohne Weiteres ins Büro des Oberbürgermeisters gehen und auf seinem Schreibtisch herumwühlen.

Im Stadtrat wurde dargestellt, wie wichtig die Volkshochschule ist. Heute heißt es, wir haben schon genug für sie getan. Wenn das Thema abgehakt ist, wird wahrscheinlich im Sommer etwas für die Volkshochschule gebaut werden müssen.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema: Grundsanierung oder Generalsanierung? Eine Grundsanierung heißt nichts anderes, als im Bestand zu erneuern. Die Gasteig-Geschäftsführung hat uns mitgeteilt, die Sprinkleranlage sei in ihrer Funktion gefährdet, weil Bleipartikel die Wasserleitung verstopfen könnten. Bei einer Grundsanierung müssten die Leitungen aufgerissen und am selben Ort neu verlegt werden. Bei einer Generalsanierung blieben nur die Außen- und Stützwände stehen, sodass die Gebäudetechnik unter sinnvollen und modernen Aspekten installiert werden könnte.

Eine Grundsanierung kostet ca. 300 Mio. €, eine Generalsanierung 400 bis 450 Mio. €. Wenn wir den Gasteig zu einem späteren Zeitpunkt wieder erneuern wollten, wären die 300 Mio. € für eine Teilsanierung hinausgeschmissenes Geld. - (Zwischenruf von StRin Burger) - Frau Burger, es ist so. Wenn Sie im Bestand sanieren, können Sie nicht sagen: Jetzt lege ich die Wasserleitung quer, obwohl sie bisher an der Wand verlief. Das sehen wir doch im Olympiastadion. Dort müssen die Kabel immer wieder durch dieselben Schächte gezogen werden. Deren baulicher Zustand lässt sich nur beschränkt überprüfen.

Ich plädiere an Sie alle, sich für die Generalsanierung zu entscheiden. Das ist für unser weltbekanntes Orchester und für die Stadt München enorm wichtig. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir als DIE LINKE. waren nur an den Beratungen in der Vollversammlung beteiligt. Ich kann mich an die unterschiedlichsten Diskussionen erinnern. Die Haltung der SPD verstehe ich nicht. Herr Reissl, nach ihrer Einschätzung mag das Verfahren gescheitert sein. Aber wir müssen versuchen, dieses Verfahren fortzusetzen und zu einem guten Ende zu bringen. Wenn es an erneuten Konkurrentenklagen oder dem Urheberrecht scheitert, bleibt uns nur noch die Möglichkeit, den Gasteig abzureißen und etwas Neues hinzustellen. Das wäre der Plan B, der bereits gefordert wurde.

Ich bin keine Juristin oder Expertin für Vergabe- und Urheberrecht. Bei der Debatte um die Alte Akademie habe ich mir gemerkt: Wenn das Gebäude abgerissen wird, besteht kein Urheberrecht mehr. Das müssen sich die anderen Beteiligten an diesem Verfahren - Architektenbüros, Urheber

etc. - vor Augen führen. Sollte sich die Diskussion weiter verengen, wie die SPD befürchtet, wird dies die Alternative für den nächsten oder übernächsten Stadtrat sein. Der Wechsel zur Grundsanierung mit der Pseudoaufhebung des Wettbewerbsverfahrens ist genauso unsicher und könnte von der Vergabekammer angegriffen werden. Das ist noch lange nicht in trockenen Tüchern. Wir als DIE LINKE. unterstützen den Versuch, das Wettbewerbsverfahren zu einem positiven Ende zu bringen.

Herr Kollege Reissl, Sie nennen unfaire Beispiele. Bei dem vorgeschlagenen Umbau des Foyers geht es nicht um einen neuen Teppich, sondern um einen neu gestalteten Eingang für das Gesamtgebäude. Es wäre ein Gewinn, wenn das Foyer der Philharmonie in Zeiten, in denen dort keine Veranstaltungen stattfinden, genutzt werden könnte. Sie haben recht: Die Stadt hat mit Unterstützung der SPD viel für die Kulturzentren und für die dezentralen Angebote der Volkshochschule getan. Der Gasteig wird stark genutzt und ist, soviel ich weiß, das größte Kulturzentrum in Deutschland. Das zeigen Angebote wie „Der Gasteig brummt!“. Er hat es verdient, dass wir uns um ihn bemühen und etwas Gutes, Neues hinstellen.

Die früheren Alternativen - ein „Brush-up“ oder „Facelift“ - wären Maßnahmen an der Oberfläche, wie Kollege Schmidbauer bereits gesagt hat. Die tatsächlichen Probleme bereiten die Installationen und Anlagen, die das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben und an die man teilweise nicht herankommt. Das konnte mit dem Geld der Stadt München nicht angegangen werden. Ich weiß nicht, warum das in den 1960er-Jahren so grauenhaft schlecht geplant wurde. Alles ist vermauert. Ich hoffe, wir machen es dieses Mal besser. Wir stehen dazu, aus dieser schwierigen Situation das Beste zu machen. Der Plan B wäre Abriss und Neubau. Das sollte allen Beteiligten des Verfahrens präsent sein.

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin Brigitte Wolf hat schon alles gesagt und auch zu den Vergabegeschichten wurde eine Menge gesagt. Ich möchte zwei andere Punkte ansprechen. Erstens: Ich denke immer über die Finanzen nach und wofür wir in unserer Stadt Geld ausgeben. Wir stecken sehr viel Geld in ein riesiges Schulprogramm und bauen Wohnungen. Das ist sehr sinnvoll, hält aber unsere Gesellschaft noch nicht zusammen. Kultur und Bildung sind der Kleber für unsere Gesellschaft. Mit unserem Gasteig, der ein funktionierendes, gut angenommenes Kulturzentrum darstellt, können wir noch mehr erreichen.

Wir haben dezentral ausgebaut. Das müssen wir in einer wachsenden Stadt, denn es ziehen immer mehr Leute zu uns. Wir brauchen auch ein funktionierendes Zentrum. Es begeistert mich, dass die Flächen ausgedehnt und die Kulturinstitutionen besser verzahnt werden können. Insbesondere für die Volkshochschule und Stadtbibliothek erhalten wir mehr Flächen, die dringend benötigt werden. - (vereinzelt Beifall)

Den zweiten Punkt führe ich immer wieder an: Wir haben den Gasteig. Er ist ein etwas großer Klotz. Für mich ist er wie ein Rohdiamant, der auf einer Fläche schon poliert und geschliffen worden ist. Ich bin überzeugt, es wird ein noch viel besseres Konzept und eine bessere Verzahnung gelingen und wir lassen diesen Diamant komplett schleifen und leuchten. Deswegen stimmen wir für die Vorlage. Danke! - (Beifall)

Bfm. StR Dr. Küppers:

Im Augenblick durchläuft das Projekt Gasteig eine schwierige Phase. Schwierige Phasen sind bei Großprojekten nichts Ungewöhnliches. Die Frage ist, wie geht man damit um. Die schwierige Phase ist eingetreten, weil die Vergabekammer nicht den Wettbewerb, sondern das Vergabeverfahren zurückgesetzt hat. Sie hätte die Möglichkeit gehabt zu sagen: Der ganze Wettbewerb ist aufgehoben. Nun ist das Vergabeverfahren zurückgesetzt und gesagt worden: Macht vernünftige und durchschaubare Kriterien, an die man sich halten kann, dann kann das Vergabeverfahren wieder laufen. Kein Mensch kann garantieren, wie das ausgeht. Trotzdem müssen wir es versuchen. Warum? Herr Wagner wird sich zu den juristischen Auseinandersetzungen äußern und ob so ein Verfahren jetzt aufgehoben werden kann. Ich glaube nein. Dafür müsste ein Grund vorliegen.

Ich kann nur kulturpolitisch noch einmal argumentieren: Der Gasteig ist mit den ursprünglich guten Planungen aus den 70er Jahren in die Jahre gekommen. Eine Grundsanierung bis 2025 hält wieder für die nächsten 30 Jahre. Im Jahr 2050 hätten wir 75 Jahre am Gasteig selbst nichts verändert.

Warum sollte man am Gasteig etwas verändern? Wir können das einfache Beispiel der Bibliotheken nehmen. Diese sind keine Buchausleihstationen mehr, sondern soziale Räumlichkeiten. Das sieht man zum Beispiel an den Neubauten der Bibliotheken in Stuttgart oder anderswo. Diese sind anders konzipiert worden und bieten mit ihren Räumen andere Möglichkeiten von Coworking Spaces bis zu Arbeitsplätzen. Die Aufgabe von Bibliotheken hat sich verändert und wird sich in den nächsten Jahren in diese Richtung verändern.

Das Gleiche gilt für Volkshochschulen. Im Augenblick haben wir das Problem, dass sich immer noch 60 000 Menschen persönlich anmelden. Das freut uns natürlich einerseits. Wir haben aber kein zusammenhängendes Anmelde- und Beratungscenter, wie es erwartet wird, sondern die Menschen stehen weiterhin in langen Schlangen. Das kann durch bauliche Maßnahmen geändert werden. Es gibt also eine Reihe von Dingen, die baulich optimiert werden können und in den nächsten Jahrzehnten halten.

Ich kann als Kulturreferent einer Grundsanierung nur mit der Optimierung der Philharmonie nicht folgen. Mir sind die Volkshochschule, die Stadtbibliothek, aber auch die privaten, am Gasteig tätigen Betreiber genauso wichtig wie die Philharmoniker. Grundsanierung bedeutet technische und bauliche Sanierungsmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs erforderlich sind. Der Status quo wird beibehalten. Eine Generalsanierung berücksichtigt die nutzerspezifischen Anforderungen. Diese haben wir in 25 Steckbriefen formuliert und haben jeweils begründet, warum es, wieso und weshalb notwendig ist. Es gibt funktionelle Anpassungen und Erweiterungen, damit der Gasteig ein zukunftssträchtiges Kulturzentrum werden kann. Das ist sinnvoll und notwendig.

Mir wird bei einer Summe von über 450 Mio. € bange. Das ist enorm und geht mir nicht leicht runter. In keinem Bauvorhaben einer Stadt habe ich bisher mit solchen Summen arbeiten müssen. Wir sollten aber bedenken, es geht um eine Volkshochschule, eine Philharmonie, eine Stadtbibliothek und den restlichen Gasteig. Hätte ich vier große, einzelne Institutionen, kosteten diese sicherlich das gleiche Geld. Wir haben den Vorteil, die Institutionen können zusammenarbeiten, kooperieren und Synergieeffekte nutzen.

Ich finde es richtig, dass politisch darum gerungen wird. Im Augenblick - das ist am Anfang richtig gesagt worden - haben wir einen Beschluss, der heißt: Es gibt Nutzerbedarfe. Macht bitte eine Vorplanung und stellt uns diese wieder vor! Wir sagen dann, was davon geht und was nicht. Das halte ich für ein vernünftiges Vorgehen. Am Anfang wurde gesagt, wir haben nie von einer Generalsanierung oder Grundsanierung gesprochen. Im Beschluss steht es nicht. Natürlich haben wir in der Vorlage damals diese 410 - 450 Mio. € Generalsanierung genannt. Die Nutzer-Steckbriefe, die Generalanierung und eben die akustische Optimierung sind damals wörtlich benannt worden. Auch wenn das nicht im Beschlusstext steht, war allen klar, wovon wir reden.

Ich plädiere, bei der Generalsanierung zu bleiben und in ein Haus zurückzukehren, das nicht den Bedarfen und Bedürfnissen der 70er und 80er Jahre, sondern den Jahren 2030, 2035 usw. ent-

spricht. Die Reißleine kann immer noch gezogen werden, wenn die Vorplanung vorliegt und zum Beispiel gesagt wird, Steckbrief 17 ist uns zu teuer.

Herr Wagner informiert juristisch über die Risiken des Verfahrens, aber auch über die Risiken, wenn wir abrechnen sollten. - (Beifall von CSU und Die Grünen - rosa liste)

Herr Wagner (Geschäftsführer Gasteig München GmbH):

Vielen Dank! Wir bedauern die Lage, in der wir uns befinden. Wir haben uns alle einen reibungslosen Ablauf gewünscht. Es gibt vielfältige Gründe, nicht nur den Wettbewerb, den die unterlegenen Architekten vor der Vergabekammer gerügt haben. Mit der Lage muss jetzt umgegangen werden. Aus unserer Sicht ist das Verfahren nicht gescheitert. Das ist auch von der Vergabekammer festgestellt worden. Diese hat uns in der mündlichen Verhandlung und in der Begründung klare Schritte aufgezeigt, wie das Verfahren weitergeführt werden kann. Für mich ist ein Verfahren gescheitert, wenn es keinen Weg mehr gibt. Es gibt mehrere Lösungswege, die wir dem Aufsichtsrat vorgestellt haben. Geht es heute positiv aus, wollen wir nächste Woche entscheiden, wie wir weitermachen.

Es bestehen vor Gericht immer Risiken, mal mehr, mal weniger. Wir haben uns von einem zusätzlichen Anwalt beraten lassen. Drei Varianten, über die ich nicht reden darf, werden vorgestellt, sind Teil des Verfahrens und weisen unterschiedliche Risiken auf. Wir empfehlen eine Variante, die ein geringes Rügerisiko birgt. Wir sind zuversichtlich, dieses Verfahren fortsetzen zu können. Wir können nicht garantieren, dass die Architekten nicht rügen werden.

Aus der Presse haben wir entnommen, die Grundsanie rung soll diskutiert werden. Das haben wir sehr ernst genommen und von verschiedenen Seiten aus technischer und juristischer Hinsicht prüfen lassen. Wenn jetzt auf eine Grundsanie rung zurückgegangen wird, besteht ein viel höheres Rügerisiko. Die Anwälte bewerten das Risiko, dass die Aufhebung aufgehoben wird, als sehr hoch. In der Presse wurden Gründe genannt, die eine Aufhebung nicht rechtfertigen. Auf diesem Weg der Vergabe ist es nicht leicht, unmittelbar in eine Grundsanie rung umzuschwenken. Die Vergabe müsste aufgehoben werden. Wir hätten nicht zwei, sondern drei Architekten, die klagen oder rügen könnten, weil allen der Auftrag entginge.

Es sind sehr viele Kosten entstanden. Wir rechnen - das steht in der Vorlage - mit mindestens 24 Mio. € Schadensersatz. Wir haben viele Verträge geschlossen, die gekündigt werden müssten. Wir haben in dieser schwierigen Bausituation sehr gute Aufträge unter Budget vergeben und viele

Planer an Bord. Der Vertrag mit Herrn Yasuhisa Toyota müsste gekündigt und neu ausgeschrieben werden.

Wir haben zusätzliche Risiken, denn die Bauzeit verlängert sich um zwei Jahre und acht Monate. Die Grundsanie rung haben wir im Einzelnen im Aufsichtsrat und im interfraktionellen Gremium dargestellt. Da das Verfahren viel länger dauern würde, besteht die Gefahr, dass im Gasteig Anlagen ausfallen. Viele zurückgestellte Sanierungen müssten notfallmäßig ausgeführt werden. Wir rechnen mit einem Risiko von ca. 15 Mio. €. Für Wettbewerbskosten, andere Beratungen und so weiter sind bereits 4 Mio. € angefallen, die noch nicht in die 24 Mio. € eingerechnet sind. Diese Kosten können für eine Grundsanie rung nicht weiter verwendet werden und wären verloren.

Wir haben im Oktoberplenum ausführlich über das Urheberrecht berichtet, unsere Anwälte haben dazu Stellung genommen. Die Vergabekammer hat unserem Vorgehen Recht gegeben und gesagt, genau dieses Verfahren muss gegangen werden. Mit dem Urheber muss man in Kontakt bleiben. Das sind wir und sind zuversichtlich, zu einer Lösung zu kommen. Ein Vertrag mit einem Urheber kann erst nach Abschluss der Vorplanung geschlossen werden. Davor ist das Persönlichkeitsrecht - das ist das Urheberrecht - betroffen. Daher können vorher keine Vereinbarungen getroffen werden. Genauso ist das Verfahren rechtlich vorgeschrieben. Wenn es noch weitere Fragen gibt, gerne. - (Beifall)

StRin Sabathil:

Wird sich Herr Toyota wieder bewerben, wenn neu ausgeschrieben wird? - (Zwischenrufe - Unruhe)

Herr Wagner (Geschäftsführer Gasteig München GmbH):

Das kann ich nicht sagen. Es muss mit Herrn Toyota gesprochen werden, ob er sich dann wieder bewirbt.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von SPD, FDP - HUT und OB Reiter **beschlossen.**

Erklärung zur Abstimmung:

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, ich will klarstellen, unsere Ablehnung ist kein Votum für die Grundsanie rung. - (StR Altmann: Für was dann? OB Reiter: Für den Neubau.) - Kollege Ranft hat deutlich gemacht, wir wollen Plan B mit der Postpakethalle offenhalten.

Endlich wirksame Regeln gegen Steuertricks und Geldwäsche im Immobilienmarkt
Antrag Nr. 4414 der Fraktion Die Grünen - rosa liste vom 31.03.2018

Aktensammlung Seite 1919

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz -

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Zahlreich strömen sie davon! - (Heiterkeit) - Es geht um Steuern! - (Heiterkeit, Zwischenrufe) - Das bin ich gewöhnt im meinem Job! Wissen Sie, was das Schlimmste ist? Wenn die Mandanten zu mir kommen und sagen: Heute muss ich zum Steuerberater, das ist ganz schrecklich! - (Zwischenrufe - Unruhe)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Heute geht es um ein fruchtbares Steuerschlupfloch, das die SPD, die Grünen und viele Steuerpflichtige entdeckt haben: Anteile an Gesellschaften können gekauft und verkauft werden. Diese Gesellschaften haben in der Regel Grundstücke und man zahlt keine Grunderwerbsteuer. So lange nicht mehr als 95 % von diesen Gesellschaften gekauft werden, geht das gut.

Das können Sie sich ganz einfach vorstellen: Sie haben ein bisschen Geld übrig und als gute Münchner Stadträte Aktien von guten Münchner Firmen im Depot. Wenn Sie zu Ihrer Bank gehen und eine Aktie von BMW oder Siemens kaufen, erwerben Sie automatisch einen winzigen Anteil an allen Immobilien, die BWM oder Siemens haben. Darauf Grunderwerbsteuer zu erheben, macht keinen Sinn. Das dürfte jedem klar sein - auch den Grünen und der SPD.

Wenn jemand von uns in die Bank geht und eine BMW-Aktie kauft, ist das ein Share-Deal. Deswegen gibt es die Regelung, dass diese Share-Deals nicht der Grunderwerbsteuer unterliegen. Damit die Regelung nicht ad ultimo ausgenutzt wird, gibt es eine gesetzliche Grenze von 95 %. Für alles, was darüber liegt, kaufe ich die Immobilien mit, und muss Grunderwerbsteuer bezahlen. Das hat viele Jahre funktioniert, weil die Firmen nicht den Anreiz hatten und nicht in diese Struktur hinein wollten, so lange die Grunderwerbsteuer im normalen Bereich von 3 %, 3,5 % lag. Früher lag sie bei 2 %. Für einen Immobilieninvestor ist es nicht angenehm, 5 % Fremde drin zu haben. Ein Problem ist die starke Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf bis zu 5 bis 6 %, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und in vielen anderen Bundesländern. In Bayern haben wir noch 3,5 %. Das hat

die Investoren auf den Plan gerufen, die gesagt haben, jetzt müssen wir langsam schauen, wie vielleicht etwas umgangen werden kann. Die Länderfinanzminister haben darauf reagiert, und sich auf eine Absenkung der Grenze von 95 % auf 90 % und einer Verlängerung der Behaltefrist von fünf auf zehn Jahre geeinigt.

Es kann diskutiert werden, ob das sinnvoll ist. Wir sagen, irgendwo zwischen Null und 95 % muss eine Grenze her. Jetzt kommen die Grünen und stellen den Antrag bei 75 % - (Zwischenruf) - oder sogar bei 50 %. Die Stadt sagt: 75 % können wir uns vorstellen. Der Grundgedanke, das sind alles Leute, die Steuerschlupflöcher ausnutzen wollen, ist grottenfalsch. Warum gibt es denn diese Regelung? Es gibt normale mittelständische Firmen, die größtenteils ihre eigenen Betriebsgrundstücke mit ihren Verwaltungsgebäuden haben. Diese mittelständischen Firmen werden im Moment sehr, sehr stark umstrukturiert. Sie planen Generationenwechsel und nehmen neue Investoren auf. Diese Umstrukturierung würde nicht mehr funktionieren oder viel teurer werden, wenn jetzt eine Grenze von 50 % angesetzt wird. Alle Anteile von Familienunternehmen, wo Stämme aufgeteilt oder Erben berücksichtigt werden und so weiter, würden Grunderwerbsteuerpflichtig. Wollt Ihr das wirklich? Im Fokus stehen Betrüger, die Grunderwerbsteuer sparen wollen. Das ist falsch. Es sind normale Mittelständler, die ihre Strukturen ändern, um die Nachfolge zu regeln.

95 % oder 90 % kann noch gehandelt werden, 50 % geht überhaupt nicht mehr. Dann zu sagen, eine höhere Grunderwerbsteuer führt zu weniger Spekulationen und günstigeren Mieten, ist eine Milchmädchenrechnung. Alle Kosten inklusive der Grunderwerbsteuer, die Ihr den Mittelständlern aufbürdet, landen am Ende - und das haben wir Euch schon einmal erklärt - über die Kalkulation wieder beim Verbraucher. Die Endprodukte, sei es Mieten oder die Produkte der umstrukturierten Mittelständler, werden teurer.

Deshalb halte ich nichts davon, diese Grenze radikal zu senken. Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen 50 % und 75 % sind radikal und viel zu hoch. Liebe Mitglieder der CSU, Sie sollten noch einmal kurz in sich gehen, wenn Sie dem zustimmen wollen. 75 % ist der Wahnsinn, auch für die Mittelständler. 90 %, die die Länderfinanzminister vereinbart haben, sind aus meiner Sicht auch zu hoch. Darüber kann man reden. Wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Es liegt sowieso nicht in unserer Kompetenz. Es handelt sich nur um den Antrag „der Oberbürgermeister möge sich dafür einsetzen.“ Er möge sich bitte nicht dafür einsetzen, die Grenze auf 75 % oder gar 50 % abzusenken. Vielen Dank! - (Beifall)

StR Kaplan:

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hoffmann hat erklärt, worum es im Prinzip geht. Es wird kein Grundstück verkauft, sondern Anteile einer Gesellschaft, die Grundstücksbesitz in ihrem Portfolio hat. Die Frage ist zu welchem Anteil. Das hat er nicht diskutiert. Natürlich können Gesellschaften organisiert werden, die als Hauptbestand und als Aufgabe ihres gesellschaftlichen Daseins, Grund besitzen. Deswegen müsste da unterschieden werden.

Zunächst einmal ist die Erklärung wichtig, worum es geht: Ich habe kein Grundstück, sondern nur einen Anteil von einer Firma, Kapital- oder Personengesellschaft, die Eigentum hat und Grundstücke besitzt. Da haben wir das Problem. Es wird gar nicht unterstellt, dass es in jedem Fall um Steuerersparnis geht, sondern festgestellt, es geht in vielen Fällen tatsächlich genau darum. Deswegen gibt es die Grenze von 95 %.

90 % würden Sie noch mittragen, 51 % auf keinen Fall. Beim erstem Mal ist das Thema im Finanzausschuss vertagt worden. Wir waren alle nicht in der Lage, ad hoc über eine vernünftige Marge zu entscheiden, die auf der einen Seite verfassungsmäßig in Ordnung ist und auf der anderen Seite die Geschäfte umgeht, die als reine Umgehungstatbestände organisiert werden. Die Kämmerei hat das untersucht und ist überzeugt, maximal 75 % sind verfassungsrechtlich unbedenklich. Deswegen schlägt sie diese Grenze vor. Da wir solche Geschäfte ausschließen wollen, würden wir diesem Vorschlag folgen.

Das Ganze hat eine andere Dimension, denn das städtische Vorkaufsrecht kann dadurch umgangen werden. Es ist unser elementares Ziel, möglichst bei allen Verkäufen von Grundstücken oder ähnlichen Geschäften, auch in Erhaltungssatzungsgebieten, unser Vorkaufsrecht einfordern zu können. Deswegen ist es ein wichtiges Anliegen, solche Geschäfte weitestgehend zu unterbinden. Es geht nicht nur um entgangenes Geld, sondern auch um die entgangenen Möglichkeiten, regulierend in den Wohnungsmarkt einzugreifen.

Wie kann man ernsthaft dagegen sein, was wir beschließen wollen? Der Oberbürgermeister soll sich für die Absenkung des Schwellenwertes von 95 % auf 75 % einsetzen. Ich bin vernünftig und kann nicht dagegen sein. Transparenz bei Grundstücksgeschäften durch ein zentrales Immobilienregister soll geschaffen werden. Kann man dagegen sein? Eine rechtssichere Feststellung eines Umgehungsgeschäftes durch Share Deals für Kommunen soll geschaffen werden. Kann man dagegen sein? Durch die Einführung einer gesonderten Bestimmung in das Baugesetzbuch, soll das gemeindliche Vorkaufsrecht auch bei Share Deals ausgeübt werden können. Kann man dagegen

sein? Ich glaube nein! Die FDP schon. Das kann ich verstehen. Der letzte und der erste Punkt, die Grenze, ist FDP-konform. Sie haben eine andere Position und vertreten andere Gesellschaftsschichten. Insofern kann ich gut damit leben. Die anderen kann ich nicht verstehen. Deswegen möchte ich Klarheit haben, gegen was die Gegner wirklich sind: gegen Transparenz, gegen die Möglichkeit des Vorkaufsrechts oder gegen die Verhinderung möglichst vieler dieser Umgehungstatbestände? Kein vernünftiger Mensch, der Verantwortung für die Kommune trägt, kann dagegen sein. Deswegen bitte ich der Vorlage zuzustimmen. Vielen Dank! - (Beifall)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hoffmann, für das Proseminar. Das hätte unsere Fraktion nicht nötig gehabt, aber schön noch einmal alles genau zu hören. - (Zwischenrufe)

Ich schließe mich weitestgehend Herrn Kaplan an. Wir haben einen Antrag gestellt, weil die Stadt München von diesen Share Deals besonders betroffen ist. Als Großstadt, die auf dem Immobilienmarkt ein sehr begehrtes Pflaster ist, setzt sie sich für gravierende Veränderungen auf den höheren Ebenen ein. Was bisher geplant ist, ist eher weiße Salbe und wir ändern nicht genug daran. Uns geht es darum, Umgehungstatbestände im Steuerrecht stärker auszuschließen. Es ist für München - das wurde schon angesprochen - sehr, sehr wichtig, dass durch Share Deals die Vorkaufsrechte nicht umgangen werden können, um die Preisspirale und das immer teurer werdende München nicht noch stärker zu befeuern.

Über die genaue Prozentzahl kann gestritten werden. Die grüne Bundestagsfraktion schlägt bis zu 51 % vor. Es wurde noch einmal vertagt, weil uns der Vorschlag der Kämmerei zwar entgegengekommen ist, aber nicht konkret genug war. Wir haben dann noch einen Änderungsantrag eingebracht. Wir sind mit dem Vorschlag 75 % einverstanden. Dieser ist schon deutlich abgesenkt und geht weit über das hinaus, was bisher vorgesehen war. Im Interesse der Städte sollten sich die Stadt München und der Oberbürgermeister dafür einsetzen, die Regelungen des Bundesgesetzgebers zu verändern. Ich hoffe, dafür gibt es eine breite Mehrheit im Stadtrat. Danke! - (Beifall)

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Roth, zur Klarstellung: Wir sind nicht gegen die Einführung des Transparenzregisters. Es ist aber leider in diesem Antrag mit diesen Spiegelstrichen derart miteinander verbunden, dass man es nicht separat abstimmen kann. Wir werden deshalb die Vorlage insgesamt ablehnen. Wir lassen aber gerne über ein Transparenzregister mit uns reden. Dazu müsste es aber im Antragstext klar aufgeteilt sein.

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich pflichte Herrn Prof. Dr. Hoffmann bei. Ich möchte noch einen Punkt ergänzen, auf den auch in den Medien hingewiesen wird: Das Bundesverfassungsgericht wird das nicht mittragen. Es wird den Absenkungen auf 50 % auf keinen Fall zustimmen. Selbst bei 75 % gäbe es wohl Bauchschmerzen. Das legt auch die Beschlussvorlage nahe.

Länderfinanzminister diskutieren, wahrscheinlich auch der Finanzausschuss des Bundestages. Es gibt Anhörungen, Juristen werden befragt und Verbände abgeklappert. Dann kommt der Münchner Stadtrat und schickt den Oberbürgermeister zur Bundeskanzlerin. Ich weiß nicht, wie gut Sie sich mit der Frau Bundeskanzlerin verstehen. Der Herr Oberbürgermeister sagt zur Frau Bundeskanzlerin, sie habe über Jahre hinweg 90 % „ausklamüsert“. Da sei uns zu viel, wir wollten 75 %.

Wir machen uns mit solchen Anträgen „zum Affen“. Das sage ich ganz offen. - (Beifall von der BAYERNPARTEI) - Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Mit dem Transparenzregister hätten wir kein Problem. Der Antrag ist aber insgesamt zu verwoben. Man muss dagegen sein. Danke!

BM Pretzl:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich habe es so verstanden, dass die FDP keinen Änderungsantrag gestellt hat. Ich frage zur Referentenvorlage nach Zustimmung. Das sind

- SPD
- Die Grünen - rosa liste
- DIE LINKE.
- ÖDP
- Herr Richter.

Damit ist der Antrag mehrheitlich beschlossen. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt ... - (Zwischenrufe - Unruhe - Zurufe: ... nicht die Mehrheit! - Da fehlt die Hälfte! - Zählen!) - Entschuldigung? - (Zuruf: Bei den Grünen fehlt die Hälfte! - Zählen wir durch!) - Dann zählen wir. Ich bitte um das Handzeichen, wer zustimmt. - (Unruhe - Zwischenrufe) - Es geht um die Zustimmung. - (Zwischenrufe - Unruhe) - Das sind die SPD mit 24 Stimmen ... (starke Unruhe) - ...12, ... 36 Stimmen. Das waren 36 Ja-Stimmen.

Jetzt frage ich nach den Gegenstimmen. - (Zurufe: Aber, ... - Das ist doch... - Bei Euch sind auch noch drei Leute reingekommen ...) - Ich habe die Ja-Stimmen aller gezählt, die im Raum waren. Ich habe auch die Ja-Stimmen derjenigen, die ganz zum Schluss zur Türe hereingekommen sind, gezählt. - (Zurufe: Aber ... - Unruhe) - Ich kann niemanden persönlich von der Toilette holen. - (Zurufe - Unruhe) - Ich habe bis zum Schluss alle gezählt, die zur Türe hereingekommen sind. Das waren 36. - (StRin Wolf: Wurde geklingelt vor der Abstimmung?) - Der Oberbürgermeister hat geklingelt. - (OB Reiter: Jetzt schon!) - Frau Wolf, der Oberbürgermeister hat geklingelt, bevor ich die Ja-Stimmen gezählt habe. - (Zurufe: Ja, ... elf Leute waren ...) - Das war so, tut mir leid. Jetzt frage ich nach den Gegenstimmen. Das sind 24 von der CSU. Sie scheinen komplett zu sein ... - (Zurufe: Nein! - ... Abstimmung ... - Unruhe) - 25, 26, 27 ... (BM Pretzl zählt laut) ... das sind 36, 37 Stimmen mit Frau Sabathil. Tut mir leid! Damit ist der Antrag mit 36 Stimmen zu 37 Stimmen abgelehnt. Ich kann nichts dafür. Der Oberbürgermeister hat geklingelt, ich habe gewartet, auch bis der Kollege Liebich im Saal war. Ich kann nichts dafür, wenn einige draußen oder sonstwo sind. Dann muss man eben während der Sitzung in der Nähe bleiben. - (Zuruf: Jawohl! - Beifall)

Der Antrag des Referenten wird (in Ziffer 1) mit 36 Ja-Stimmen zu 37 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Die Ziffern 2 und 3 des Referentenantrags haben sich damit **erledigt**.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

OB Reiter:

(Unruhe) - Alles gut, ich habe überhaupt kein Wort gesagt. - (Unruhe) - Es ist alles in Ordnung. Es gibt die Möglichkeit, wieder einen Antrag zu stellen und erneut abzustimmen. Vielleicht sind dann mehr Stadtratsmitglieder anwesend. Diesen Tagesordnungspunkt haben wir erledigt.

Jetzt ... - (BM Pretzl: Schau, da kommt nochmal jemand von Euch rein! - Zuruf - Nein, der Ober-

bürgermeister hat geklingelt, fragen Sie ihn selbst!) - Ich kann vertrauenswürdig sagen, dass ich geklingelt habe. Wir haben nicht danach noch zwei Stunden gewartet ... - (Zuruf: So!) - Ja, das hilft doch nichts! Abgestimmt wird hier, nicht im Nebenraum. - (Zuruf: Genau! - Beifall) - Wenn zu erwarten ist, dass die Abstimmung eng werden könnte ... Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln, ich habe hier gesessen. - (Zuruf) - Das ist doch nicht mein Problem, das ist Euer Problem. Entschuldigung! Meine eigene Fraktion hat damit den Antrag nicht bestimmt. Das muss man eben irgendwann lernen. - (StR Dr. Mattar: Wir haben noch ein Jahr Zeit, das zu lernen) - Genau. Außerdem bleiben Mehrheiten Mehrheiten, wenn man sie stabil macht. Man könnte denselben Antrag noch einmal mit drei geänderten Sätzen zur Abstimmung bringen. Das wäre möglich. Dann dauert ein Plenum eben länger. Vielleicht tritt dann aber der Lerneffekt ein, und alle werden da sein. Wir werden sehen.

Wir werden heute noch weitere knappe Abstimmungen haben. - (StR Krause: Wir werden bei nächster Gelegenheit daran erinnern!) - Woran? - (Zwischenruf) - Ich bin relativ häufig da. Ich habe wohl die längste Sitzungszeit. - (StR Altmann: Ich glaube, wir sind immer da! - Zuruf: ... Kritik ...) - Ich habe das doch nicht kritisiert, habe es auch nicht gelobt. Ich sage, Herr BM Pretzl hat ordnungsgemäß als Sitzungsleiter das Ergebnis festgehalten. Was soll ich tun? Ich finde das auch nicht nur lustig. So ist das eben. Wir gehen weiter.

Mietspiegel für München 2019
Veröffentlichung und Anerkennung
des Mietspiegels als qualifizierter
Mietspiegel im Sinne des § 558 d BGB
durch den Stadtrat der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 1925

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Da sieht man, gelegentlich sind wohl Kaffeetrinken und Breznessen wichtiger, als in der Vollversammlung zuzuhören. Man muss es dann eben hinnehmen, wenn man unterliegt. - (Unruhe)

Wir kommen wieder, wie in jedem zweiten Jahr, zu unserem „schönen Mietsteigerungsspiegel“. Ich bezeichne dieses Instrument so, weil es nichts anderes ist als die Grundlage für die Mietsteigerungen in dieser Stadt.

Wir werden den Mietspiegel ablehnen. Dieses Mal fühlen wir uns noch bestärkt in unserer Haltung. Wenn ich mir ansehe, wie der Herr Oberbürgermeister und der Antrag der SPD vom Februar in der Presse zitiert werden, gibt es offenbar die Meinung, dass ein eigener, realer Mietspiegel für München ... - (Unruhe) - Ich halte es auch für richtig, einen eigenen Mietspiegel für München zu generieren. Ich bin gespannt darauf, wie das Referat das so ausgestalten will, dass alles rechtens ist. Das kann hoffentlich noch in diesem Jahr geschehen.

Das Thema jetzt anzugehen, hat allerdings einen gewissen Beigeschmack. Man denkt an die Kommunalwahlen 2020 und will den Münchnerinnen und Münchnern suggerieren, wir stehen fest dahinter und machen einen neuen Mietspiegel nur für München. Wir achten darauf, dass die Mieten nicht mehr so stark steigen oder sogar billiger werden. Es hat also ein „Geschmäcke“. Wenn Sie es aber hinbekommen würden, wären wir die ersten, die sagen: Super, wir machen mit! In dieser Richtung muss man etwas tun.

Ich habe mir die Mietspiegel von 2015, 2017 und 2019 angeschaut und miteinander verglichen. Zu Liste 1 gibt es Anhänge mit Zu- und Abschlägen. Ich habe einen Punkt schon häufiger moniert und werde das heute wieder tun: Diese Zuschläge könnte man auch als zusätzliche Miete auffassen.

Für einen Handtuchwärmer werden 84 Cent berechnet, bei Videosprechanlagen gibt es unterschiedliche Aufschläge. Das beginnt bei 1,01 €, in diesem Jahr sind es 77 Cent. Dies ist eine Erhebung, das ist klar. Wie diese Sprünge zustande kommen ... Das ist ein Hin und Her. Ein weiteres Beispiel: der Boden. In einer Liste werden nur Bodenbeläge wie Parkett und Laminat als guter Boden bewertet. Im aktuellen Mietspiegel ist dagegen überhaupt nicht relevant, ob ein neuer oder sanierter Boden verlegt wurde. Dann könnte es genauso gut ein PVC-Boden sein, der 84 Cent Aufschlag ausmacht.

Ich möchte das nicht weiter ausdehnen. Wir haben das alle zwei Jahre wieder. Sie tolerieren das offensichtlich. Sie machen das alles mit. Für mich ist das ein Mietsteigerungsspiegel. Dazu muss man anschauen, was gefragt wird und wer und wie viele befragt werden. Es kommen nur rund 3 000 Rückmeldungen. Bei Vermietern werden seit Jahren immer dieselben Wohnungen abgefragt. Da gibt es keine Änderungen und keine neuen Erkenntnisse.

Natürlich stellt sich die Frage, warum wird seit Jahren und Jahrzehnten immer dasselbe Institut beauftragt. Wie wird das ausgeschrieben? Ich weiß, wir haben einen Beschluss für den neuen Mietspiegel, dieses Institut wird wieder beauftragt. Hier könnte man aber auch einmal überlegen, andere Institute heranzuziehen. Sie bewerten vielleicht anders und sehen diese Kriterien aus einem anderen Blickwinkel. Seit Jahren lassen wir den Auftrag immer demselben Institut zugute kommen. Danke! - (Beifall)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man darum bittet, einer Vorlage zuzustimmen, von der man eigentlich nicht überzeugt ist, ist das eine etwas absurde Situation. Ich möchte das näher begründen.

Der Münchner Mietspiegel stellt eigentlich nur dar, welche Erhöhungen in den letzten vier Jahren stattgefunden haben und welche Durchschnittsmiete sich aus den daraus errechneten Mieten generiert. Kollege Altmann hat das hinlänglich dargestellt. Die Vorlage stellt dar, dass neben der Münchner Durchschnittsmiete von rund 11,50 € pro m² für Neuvermietungen mit etwa 17 € bis 18 € pro m² wesentlich mehr verlangt wird. Dies entspricht der Stimmungslage vieler Münchnerinnen und Münchner, wenn sie nicht auf eine geförderte Wohnung zugreifen können. Wir haben deutlich zu wenige davon. Sie müssen sich auf einem Mietmarkt umsehen, auf dem sie allzu oft mit einem solchen Mietniveau konfrontiert werden.

Wir sagen deutlich, diese Situation können und wollen wir keinesfalls hinnehmen. Ich erspare Ihnen weitere Ausführungen zum Thema Wohnungsbau, wo wir ihn für notwendig halten. Diese Diskussionen haben wir in diesem Haus schon sehr häufig geführt.

Mit unserem Antrag haben wir noch einmal deutlich gemacht, wir wollen einen Mietspiegel, der die reale Mietsituation, wie sie derzeit in München herrscht, abbildet. Die Bandbreite reicht von Mieten, die tatsächlich nur 5 € pro m² bis 7 € pro m² betragen bis zu 19 € pro m² oder mehr. In diesem Rahmen muss dargestellt werden, wie viel die Miete tatsächlich in den einzelnen Stadtbezirken beträgt. Erst dann würde klar, auf welcher Grundlage Mieten in München erhoben werden können. Jetzt wird per se eine Steigerung durch den Mietspiegel selbst vorgegeben.

Der Herr Oberbürgermeister hat es stets und bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht, wir halten dieses Szenario für nicht hinnehmbar. Trotzdem ist das die vom Gesetzgeber vorgegebene Situation. Bisher wurden alle Gesetzesänderungen auf Bundesebene insbesondere von der CDU/CSU verhindert.

Warum wir dennoch für diesen Mietspiegel stimmen, ist ein ganz anderes Thema. Bei aller Kritik bietet er doch eine Berechenbarkeit für die Münchner Mieterinnen und Mieter, die weit über das hinausgeht, was ansonsten im privatrechtlichen Verfahren geltend gemacht werden könnte.

An dieser Stelle bitte ich Sie Folgendes wahrzunehmen: Sie ersparen Münchner Mieterinnen und Mietern Kosten, wenn diese mit ihren Vermietern streiten müssen. Der Mietspiegel bildet ab, wie viel welche Wohnung mit welchen Merkmalen kosten darf. Das ist bei aller Kritik das Positive daran. Dass diese Merkmale häufig etwas unverständlich und kleinteilig formuliert sind, haben wir uns oft vortragen lassen. Das liegt daran, dass eine wissenschaftliche Erstellung eines Mietspiegels darauf basiert, dass Merkmale nicht pauschal, sondern sehr detailliert beschrieben werden, auf die dann abgestellt werden kann.

Ich wiederhole mich, wenn ich sage, dieser Mietspiegel stellt bei aller Kritik eine wesentliche Grundlage für Münchner Mieterinnen und Mieter dar, damit sie rechtssicher gegen übermäßig hohe Mieten klagen können.

Wie wäre die Situation ohne Mietspiegel? Ohne Mietspiegel müssten jede klagewillige Mieterin oder jeder klagewillige Mieter vor Gericht gehen und einen Gutachter benennen. Willkürlich würden drei Mieten herausgegriffen. Es steht zu erwarten, dass der Vermieter mehr Geld hat, mehr

Gutachter und mehr Gutachten aufbieten kann. Nach allgemeiner Lebenserfahrung hat die Mieterin oder der Mieter juristisch in dem Fall die wesentlich schlechtere Position.

Daher meine Bitte: Stimmen Sie diesem Mietspiegel zu, trotz aller Kritik. Er bietet eine Voraussetzung dafür, dass Mieten wenigstens nicht noch weiter ausreißen können und Münchner Mieterinnen und Mieter eine Grundlage haben, um das, was jetzt Stand ist, einklagen zu können. Stimmen Sie nicht zu, sorgen sie für Rechtsunsicherheit auf dem Münchener Mietmarkt. Dies würde sich ausschließlich zu Ungunsten der Münchner Mieterinnen und Mieter auswirken. - (Beifall der SPD)

StRin Koller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht den Eindruck, als seien wir uns alle in unserer Kritik am Mietspiegel einig.

Als der Mietspiegel vor vielen Jahren eingerichtet wurde, war der Grundgedanke richtig. Da ging es wirklich um alle Mieten. Das Instrument wurde als Sicherung eingeführt, um den Mieterinnen und Mietern ein gerichtsfestes Papier an die Hand zu geben, auf das sie sich vor Gericht berufen können. Relativ schnell – auch mit vehementer Unterstützung der FDP – wurde es so verändert, dass nur noch Neuvermietungen und Änderungen innerhalb der letzten vier Jahre eingeflossen sind.

Die Grundidee des Mietspiegels finden wir richtig und wichtig. Wir glauben auch, dass es ein solches Instrument in unserer Stadt geben muss. Nachdem er aber derart verändert wurde, bereitet er uns große Bauchschmerzen. Ich brauche nicht alles zu wiederholen, was bereits Herr Altmann oder Herr Müller gesagt haben. Der Oberbürgermeister hat den Wunsch formuliert, alle Mieten in einem Mietspiegel zu erfassen und darzustellen. Dieser Mietspiegel wäre natürlich nicht rechtsverbindlich. Für uns alle wäre ganz wichtig, die Unterschiede zu sehen.

Den Mietspiegel in seiner momentanen Ausgestaltung können wir nur sehr schwer unterstützen. Wir haben ihn viele Jahre mitgetragen. Wir lehnen ihn ab, seit die Mehrheit in diesem Haus dazu übergegangen ist, das Zahlenwerk alle zwei Jahre neu zu schreiben. Gesetzlich gibt es die Möglichkeit, einen Mietspiegel alle vier Jahre zu erstellen und ihn nach zwei Jahren fortzuschreiben. Die Rathausmehrheit hat entschieden, sie will alle zwei Jahre einen neuen Mietspiegel. Wir sind der Überzeugung, etwas Schlechtes wird nicht dadurch besser, dass man es doppelt so oft macht, wie nötig. Das ist nicht die Lösung.

Natürlich gäbe es auch einen gültigen Mietspiegel, wenn wir ihn nur alle vier Jahre erstellen und dazwischen alle zwei Jahre fortschreiben würden. Für die Mieterinnen und Mieter würde das nichts ändern. Vielleicht würde es aber nicht noch zusätzlich an der Mietpreisschraube drehen.

Deshalb lehnen wir den Mietspiegel in seiner heute vorliegenden Form ab.

StR Oraner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir zu Beginn die Tagesordnung durchgegangen sind, habe ich mir eigentlich gedacht, wir hätten den Mietspiegel im Ausschuss ausgiebig genug diskutiert. - (Beifall) - Anscheinend besteht aber noch Redebedarf.

Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorredner und Vorrednerin größtenteils anschließen. Die Kollegin Koller hat ausgeführt, wie der Mietspiegel früher war und was aus ihm geworden ist. Ich möchte nicht alles wiederholen. Ich halte es aber für wichtig anzuschauen, wie es dazu kam und wie der Ansatz der von der Koalition aus SPD und FDP geführten Bundesregierung 1974 ausgesehen hat. Das ist sehr, sehr wichtig. Damals ging die Regierung noch davon aus, dass Wohnen ein Grundrecht und keine Ware ist. Ein Interessenausgleich zwischen Vermieter und Mieter sollte geschaffen werden, damit die Mieten nicht explodieren. So war der Ansatz. In den Mietspiegel zwischen 1974 bis 1982 sind alle Bestandsmieten eingeflossen. Der Wohnungsmarkt blieb einigermaßen entspannt. Die Mieten waren für die Mieter zumutbar und die Vermieter konnten auch daran verdienen.

Was war 1982? Die schwarz-gelbe Regierung hat entschieden, bei der Erstellung des Mietspiegels nur noch die letzten drei Jahre zu berücksichtigen. Alles andere sollte außer Acht gelassen werden. Prompt wurde der Mieterhöhungsspiegel geboren. 1992 war die schwarz-gelbe Regierung etwas gnädiger. Sie hat gesagt, wir setzen noch ein Jahr drauf, erfassen also die letzten vier Jahre, und klammern alles andere aus. Seither müssen wir uns damit herumärgern.

Zur Gegenwart: Die Mieten haben sich seit 2017 in München um 4 % erhöht. Dies zeigt doch, ein Mietspiegel auf der Basis der Vergleichswerte der letzten vier Jahre trägt zu permanenten Mieterhöhungen bei. Die Metropole München ist an einem Punkt angelangt, an dem das nicht mehr zumutbar ist. Wir als Linke sehen es so - wie die Kollegin Koller schon gesagt hat. Wir können nicht etwas gut reden, was im Grunde schlecht ist. Der Mietspiegel ist in dieser Form nicht mehr tragbar. Er führt zu immer weiteren Mieterhöhungen. Deshalb wiederhole ich, was schon im Ausschuss gesagt wurde. Wir müssen zu den Ursprüngen des Mietspiegels zurück. Alle Bestandsmieten müs-

sen in den Mietspiegel einfließen. Sonst kommen wir aus diesem Schlamassel, dieser katastrophalen Situation nicht heraus.

Wir wollen ein Signal setzen. Vielleicht werden Gutachter nötig sein vor Gericht, dann ist es eben so. Wir müssen aber der Bundesregierung sagen, reagiert endlich und tut etwas. Seit 1982 wird Lobbypolitik für die Wohnkonzerne betrieben. Das werden wir niemals mittragen. Das ist unsere Kritik. Sie sollen etwas tun für die Mieterinnen und Mieter. Zeit wird's!

Deshalb unsere Forderung, alle Bestandsmieten sollen in die Erstellung des Mietspiegels einfließen. Den Antrag der SPD können wir unterstützen, das ist der richtige Weg und der richtige Ansatz. Diesem Mietspiegel werden wir aber nicht zustimmen. Wir wollen ein Zeichen setzen und ein Signal an die Öffentlichkeit, an die Gesellschaft senden: So kann es nicht mehr weitergehen! Ich danke Ihnen. - (OB Reiter: Das ist echte Symbolpolitik!)

StR Offman:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich ganz klar festlegen - und zwar für den Mietspiegel. Ich werde nicht gleichzeitig sagen, ich bin für und gegen den Mietspiegel.

Ich möchte zunächst der Verwaltung danken, die in einer sehr perfektionierten und professionellen Art und Weise in der Lage ist, diesen Mietspiegel bisher immer gerichtsfest auszuführen. Das ist ganz wichtig. Als Verwalter habe ich ständig Anrufe von Mietern, die mit einer Mieterhöhung konfrontiert sind. Sie fragen mich, ob das rechtens ist. Ich kann sagen: Schauen Sie in den Mietspiegel und Sie werden feststellen, ob das rechtens ist. Ich habe natürlich auch Anrufe von Vermietern, die wissen wollen, wie viel Mieterhöhung zulässig ist. Durch den Mietspiegel ist gewährleistet, dass für beide Seiten, die Mieterseite und die Vermieterseite, ein ganz klarer Weg vorgezeichnet ist. Das bringt Sicherheit unter Vermietern und Mietern im Umgang mit dieser Thematik.

Daher verstehe ich die Ablehnung dieses Mietspiegels nicht. Wer den Mietspiegel und infolge dessen Mieterhöhungen ablehnt, nimmt Situationen wie in Ländern mit sehr niedrigen Mieten, wie beispielsweise Kuba oder der vormaligen DDR, in Kauf. Die Häuser fallen irgendwann zusammen.

Das Problem, warum die Mieten so hoch sind, hat mit der Motivation, Mietwohnungsbau zu errichten, zu tun. Es berechnet sich ganz einfach nach Renditen. Wenn die Rendite zu niedrig ist, wird

eben nicht gebaut. Das ist eines der Probleme auch in München. Alle Wohnungen, die von Privatinvestoren errichtet werden, sind Eigentumswohnungen, meistens für Selbstnutzung.

Wir sind auch der Ansicht, dass der Mietspiegel näher an den realen Mieten sein könnte, wenn der Betrachtungszeitraum länger wäre. Diesen Aspekt trägt auch die CSU-Fraktion mit. Wir wissen, dass die schwarz-rote Koalition in Berlin derzeit ernsthaft anstrebt, den Betrachtungszeitraum auf sechs Jahre zu verlängern. Diese Entwicklung würden wir alle mittragen. Wahrscheinlich würden die Mieten dadurch gegenüber dem Mietspiegel etwas sinken.

Vorhin wurde kritisiert, das eine oder andere Kriterium des Mietspiegels sei gedanklich nicht nachvollziehbar. Es ist schwierig, das stimmt, aber es ist einfach das Ergebnis einer Umfrage. Wir hatten zum Beispiel schon den Fall, dass in einem Haus mit einem Müllschlucker die Miete niedriger ist, wegen des Müllschluckers. Jeder sagt, das kann ich nicht verstehen. Das war aber Realität. Die Umfrage hat dieses Ergebnis gebracht.

Wir begrüßen den Mietspiegel in dieser Form. Wir finden, er ist ein wichtiges Instrument im Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter und auch in der gesamten Betrachtungsweise. Wir würden begrüßen, wenn der Betrachtungszeitraum verlängert wird, wie es SPD und CSU in Berlin beabsichtigen. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Mietspiegel. Danke! - (Beifall der CSU)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, BAYERNPARTEI, DIE LINKE. und BIA **beschlossen**.

Markthallen München (MHM)**Änderung der Satzung über die Benutzung der Markthallen München
der Landeshauptstadt München (Markthallen-Satzung)****Antrag Nr. 4576 von StR Reissl, StRin Dietl und StR Müller vom 23.10.2018****Antrag Nr. 4403 von StR Prof. Dr. Theiss und StR Podiuk vom 23.08.2018**

Aktensammlung Seite 1941

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im letzten Ausschuss einen von der SPD-Fraktion geänderten Antrag beschlossen. Jetzt schreibt die Referentin im Antrag, warum sie es wieder anders haben möchte ... Liebe Kristina Frank, hier steht, es handle sich nicht um ein Vollzugs-, sondern um ein Regelungsdefizit. Wir sind der Ansicht, es ist genau umgekehrt. - (Beifall) - Wir haben genug Regelungen, wir brauchen nur deren Vollzug. Um darauf hinzuweisen, haben wir uns entschlossen, einen Ergänzungsantrag zu stellen.

Wir alle kennen die Situation auf dem Viktualienmarkt und sind nicht erfreut darüber. Aber dann muss man sich einmal überlegen, wie man vollziehen kann, wie man die Regeln durchsetzen kann. Wir fordern die Markthallen noch einmal auf, ihre Marktaufsicht zu mehr Präsenz anzuhalten und, wenn es nicht mehr geht und die Störenden nicht mit sich reden lassen, die Polizei zu rufen. - (StR Altmann: Es kann auch nicht sein, das auf die Polizei abzuwälzen!) - Was heißt, auf die Polizei abwälzen? Wir haben einen sogenannten „Marktschandi“, aber der macht auch immer einen Bogen um das Problemgebiet. Vielleicht sollten die Markthallen mit der zuständigen Polizeidienststelle absprechen, ein bisschen mehr Präsenz zu zeigen. Dafür haben wir ja die Polizei.

Darum wollen wir das jetzt einmal versuchen. Die Marktaufsicht beanstandet, wenn ein Blumenhändler seinen Topf einen halben Meter weiter raus stellt. Dann kann sie auch anderes beanstanden. Dazu braucht es nur ein bisschen Mut. Ansonsten: Ans Telefon und die Polizei rufen! Dafür ist sie da! Außerdem hätten wir in einem Jahr gern einen Bericht darüber, wie sich das ausgewirkt hat.

An dem Prüfauftrag zum kommunalen Außendienst hängen wir nicht. Den können wir einzeln abstimmen. Wenn der Ergänzungsantrag - auch ohne diesen Satz - durchginge, würden wir der Vorlage zustimmen. Danke. - (Beifall von der FDP)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Fall schon ausführlich im Ausschuss diskutiert, aber durch den Antrag der Referentin ist jetzt noch einmal eine Diskussion notwendig. Wir wollen hier noch einmal klarstellen: Der Viktualienmarkt ist ein besonderer Ort. Er ist zwar Teil des Marktgeländes und untersteht deshalb auch der Marktaufsicht, aber er liegt im Herzen der Stadt und ist in der Wahrnehmung ein Teil des öffentlichen Raums. Viele der Menschen, die sich dort aufhalten, kommen, weil sie die Stimmung mögen und sich dort treffen wollen, ohne zwingend zu konsumieren.

Wir wollen, dass die Menschen auch weiterhin dort hingehen können - nicht nur zum Einkaufen, sondern auch einfach, um sich aufzuhalten. Wie an vielen Stellen der Stadt können im öffentlichen Raum natürlich Konflikte auftreten. Aber wir haben in München dafür gekämpft, nicht immer neue Regelungen zu suchen und Menschen zu verdrängen, sondern Wege der Kommunikation zu finden. Wir haben z. B. mit AKIM Konzepte entwickelt. Hier muss kommuniziert werden, statt Menschen auszuschließen oder sie sogar ohne Vorwarnung des Platzes zu verweisen.

Wenn jemand eine Straftat begeht oder mehrfach gestört hat und das dokumentiert ist, gibt es bei den Markthallen die Möglichkeit, dieser Person den Aufenthalt zu untersagen. Das hat Kollegin Neff schon ausgeführt. Das ist natürlich anstrengend. Die Polizei kennt das. Es ist schwierig, den Nachweis zu erbringen. Aber deshalb die Unschuldsvermutung umzukehren und gleich bei der ersten Störung einen Platzverweis auszusprechen, halten wir für das völlig falsche Vorgehen.

Der Platzverweis ist normalerweise der Polizei vorbehalten und dient auch dazu, in Gefährdungssituationen zu reagieren - nicht bei einer Störung und erst recht nicht, wenn es sich nur um die Störung des Marktbetriebs handelt. Im öffentlichen Raum dient der Platzverweis dazu, Gefährdungssituationen zu verhindern. Daher lehnen wir dieses Instrument eindeutig ab.

Wir haben uns auch gegen den kommunalen Außendienst ausgesprochen. Wir wollen nicht, dass die Aufgaben der Polizei, die in dieser Stadt immer wieder einmal überlastet ist und nicht allem gleich nachgehen kann, als Behelfsmaßnahme auf andere Dienststellen übertragen werden. Das halten wir für ein ganz falsches Vorgehen. Diese Aufgaben müssen bei der Polizei bleiben.

Wenn die Marktleute bedroht wurden und es Anrufe oder Sachbeschädigungen gab, ist es die originäre Aufgabe der Polizei, diese nachzuvollziehen und ordentlich zu dokumentieren. Zu suggerieren, das könnte eine Marktaufsicht selbst regeln, ist der falsche Weg. Diese Aufgaben müssen bei

der Polizei bleiben und sind da auch richtig aufgehoben. Insofern teilen wir den Ansatz, dass hier eine bessere Abstimmung und Kooperation mit der Polizei stattfinden sollte.

Der Formulierung des Antrags von FDP - HUT, dass jede Störung des Marktbetriebs sofort der Polizei gemeldet werden soll, kann ich allerdings nicht folgen. - (StRin Neff: Nicht jede!) - Die Störung des Marktbetriebs ist nicht unbedingt sofort Aufgabe der Polizei. Hier muss eine Abstimmung stattfinden. Wenn es wirklich Störungen oder Bedrohungen z. B. der Marktleute gibt, ist natürlich sofort die Polizei einzuschalten. Wenn es sich um die erwähnten Störungen im Betriebsablauf handelt, ist die Polizei nicht zuständig. Deshalb können wir diesem Passus nicht folgen. Dass grundsätzlich mit der Polizei kooperiert werden muss, ist richtig.

Meinetwegen kann in einem Jahr gern noch einmal berichtet werden. Aber da wir den kommunalen Außendienst ablehnen, möchten wir auch nicht, dass er zusätzlich hier tätig wird. Wir halten das Vorgehen, wie es die Kommunalreferentin noch einmal vorgeschlagen hat, nicht für angemessen.

Bei Ihnen wird ausgeführt, es sei

„geeignet, erforderlich und angemessen, Personen, die weder Markthändler noch Kunden sind, auf dem Marktgelände nur widerruflich zu dulden und, soweit sie das Marktgeschehen beeinträchtigen, kurzfristig des Platzes zu verweisen.“

So wollen wir mit einem öffentlichen Ort wie dem Viktualienmarkt nicht umgehen. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Das soll kein Ort sein, an dem jeder, der nicht einkauft, nur widerruflich geduldet wird und bei einer kleinen Störung ohne jede Vorwarnung des Platzes verwiesen werden kann. Alle Münchner sollen dort hingehen und sich willkommen fühlen können. - (BM Pretzl: Wenn man die Vorlage wenigstens lesen würde ...)

Wir haben schon an vielen Orten in der Stadt bewiesen, dass wir solche Konflikte auch mit anderen Maßnahmen lösen können. Deshalb bleiben wir bei dem Beschluss des Kommunalausschusses. Wir sind dem Änderungsantrag der SPD gefolgt, alle Punkte der Vorlage, die den Viktualienmarkt betreffen, nicht umzusetzen.

StR Schmidbauer:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der Wahlkampf geht weiter! Jetzt sind die Grünen schon für die Polizei, obwohl sie sie doch sonst überall verbieten. - (Allgemeine Heiterkeit) - Werte Kollegin Hanusch, ich muss Ihnen sagen: Der Viktualienmarkt ist in dem Sinn kein öffentli-

cher Raum. Er ist ein privatrechtlicher Raum, denn Hausrecht haben hier die Markthallen München. Die können zu jeder Zeit ein Hausverbot aussprechen. Dazu braucht man hier nicht die Polizei. - (StR Reissl: Das ist kein privater Raum!) - Ein privat-öffentlicher Raum. - (StR Reissl: Das ist ein Satzungsgebiet.) - Ist ja völlig egal! Trotzdem haben die Markthallen München hier Hausrecht und können ein Platzverbot aussprechen. Das ist Tatsache.

Wir haben einen kommunalen Außendienst eingerichtet, der auch dafür zuständig sein soll, Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Wir sind nicht dafür, jeden, der eine Bierflasche in der Hand hat, sofort vom Viktualienmarkt zu vertreiben. Es gibt doch einen ganz konkreten Anlass. Es kann nicht die Rede davon sein, dass sich hier zufälligerweise einige Bürger, die ein paar Kisten Bier dabei haben, am Liesl-Karlstadt-Brunnen treffen. Das gehört für die Grünen zur freien Entfaltung. - (Allgemeine Heiterkeit - Zwischenrufe) - Ja, ist ja logisch. Wahrscheinlich ist es auch noch ein Augustiner-Bier. Mit dem grünen Etikett kommt das den Grünen natürlich noch mehr entgegen. - (StRin Habenschaden: Genau! - Zwischenrufe - allgemeine Heiterkeit)

Habt Ihr Euch jetzt wieder beruhigt oder soll ich noch ein bisschen warten, bis Ihr ausgelacht habt? Es ist immer die gleiche Geschichte: Wenn man Euch erwischt oder etwas sagt, das Euch nicht passt, findet Ihr es immer lächerlich. - (Zwischenruf: Nicht lächerlich, lustig! - Heiterkeit) - Dabei gebt Ihr Euch mit Eurem Benehmen der Lächerlichkeit preis. Einige von Euch sind schon mit dem Düsenjäger durch die Kinderstube geflogen!

Sehr geehrte Referentin, Sie schreiben, es gibt kein Vollzugsproblem, sondern ein Regelungsdefizit. Auf dem Markt haben Sie Aufsichtspersonal. Ich möchte keine Behauptung aufstellen, aber in allen SMS - Kristina, Du kennst sie auch - war die Rede davon, dass hier ein Geschäftsbetrieb entstanden ist. Derjenige, der das organisiert, kommt immer mit zwei, drei Trägern Bier und verkauft das.

Um etwas verkaufen zu dürfen, brauche ich einen Gewerbeschein. Das ist schon mal das Erste. Außerdem bräuchte ich eine Genehmigung vom Kommunalreferat oder von den Markthallen. Beides ist nicht der Fall. Also müsste der Ordnungsdienst hier restriktiver vorgehen und nicht einfach gestatten, wie es in dem Rundschreiben so schön heißt, das Feierabendbier in der Nähe dieser Veranstaltung zu sich zu nehmen.

Das ist ja nicht schlecht, man soll sein Bier trinken dürfen. Wir sind ganz klar gegen ein allgemeines Alkoholverbot. Das wäre einfach zu viel. Aber hier geht es klar um eine Störung des Biergar-

tenbetriebs, der in unmittelbarer Nähe Gäste hat, die an Tischen sitzen und ihr Bier selbst holen können. Die Gruppe könnte sich ja ohne Weiteres ein Bier kaufen und sich auf die Plätze setzen, die der Betreiber des Marktes zur Verfügung stellt. Es ist ja nicht so, dass die alle bedient werden. Das ist nur ein kleiner Teil.

Deshalb werden wir den Antrag der Referentin unterstützen. Aber wir werden dieses Problem auch sehr kritisch beobachten. Es ist im letzten Jahr ein Einzelproblem gewesen, auf das das Kommunalreferat und die Markthallen schlecht reagiert haben, indem sie denen nicht Einhalt geboten haben. Ich gehe davon aus, dass das in diesem Sommer geordnet über die Bühne geht, wenn wir sie heute unterstützen. Danke schön! - (Beifall von der BAYERNPARTEI)

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StRin Boesser:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Man kann sich der These, es gebe ein Vollzugsdefizit und kein Regelungsdefizit, durchaus anschließen. Für Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum ist die Polizei zuständig. Deshalb sind wir dankbar für den Vorschlag der FDP, die Polizei auch bei massiven Störungen des Marktbetriebs einzuschalten, bzw. auch um zu klären, ob eine massive Störung vorliegt. Die Polizei kommt nicht, wenn jemand anruft und sagt: Da stehen drei Leute mit Bierflaschen in der Hand. Da muss schon eine stärkere Begründung kommen, sonst wird die Polizei ihre Aufgaben entsprechend priorisieren und solche Meldungen erst einmal weiter ans Ende der Liste setzen.

Wir hatten bereits im Kommunalausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, den wir heute gern bestätigt hätten. Wir würden aber auch dem Ergänzungsantrag der FDP zustimmen, bis auf den letzten Satz zum kommunalen Außendienst. - (StR Dr. Mattar: Das soll erst einmal nur geprüft werden!) - Auch wenn es nur geprüft wird, hat es eine gewisse Aussage. Der kommunale Außendienst ist eingeführt worden, um an Stellen in der Stadt, an denen das subjektive Sicherheitsempfinden gestört war, für Ordnung zu sorgen, beispielsweise am Hauptbahnhof. Wir sehen hier einen erheblichen Unterschied zum Viktualienmarkt.

Es ist richtig: Am Viktualienmarkt hält sich eine Gruppe Personen auf, die mehr oder weniger Bier konsumiert und auch Bier verkauft. Letzteres ist illegal. Ich darf mich nicht einfach irgendwo hinstellen mit meinem Bierkasten, meinem Eis oder was auch immer und fröhlich verkaufen. Dem muss durch die Marktaufsicht oder auch durch die Polizei Einhalt geboten werden. Das ist etwas,

das ich im Rahmen der bestehenden Regelungen tun kann. Hierzu bedarf es keiner Satzungsänderung. Am Viktualienmarkt ist die Situation aber doch eine andere, weil es dort eher um ein sehr kleines, lokales Ereignis um einen Brunnen herum geht. Allein durch den Antrag eine Assoziation zum Hauptbahnhof hervorzurufen, halten wir für falsch. Deshalb möchten wir den FDP-Antrag an dieser Stelle nicht unterstützen. - (Beifall von der SPD)

StRin Wiepcke:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das schon im Ausschuss diskutiert. Dort habe ich gelernt, dass es manchmal anscheinend nicht ausreicht, anhand von Fakten zu argumentieren und sich ein bisschen des gesunden Menschenverstands zu bedienen. - (Beifall von der CSU) - Die Erkenntnis aus dem Ausschuss war nämlich, dass es manchmal nicht um die reine Faktenlage geht, sondern dass das Abstimmungsverhalten hier im Haus manchmal auch einfach gefühlsbelastet ist.

Diese Vorlage kam von Kristina Frank und nicht von Axel Marquardt. Deshalb hat man sich den Sachargumenten verschlossen und sich auf die Gefühlsebene begeben. Aus diesem Grund habe ich mich entschieden, diese Gefühlsebene heute auch einmal anzusprechen und zu appellieren, auch einmal die Faktenlage zu verlassen und auf die Gefühlsebene zu gehen.

Die CSU steht im Gegensatz zu anderen Parteien hier im Haus nicht in dem Verdacht, eine „Verbotspartei“ zu sein. - (Allgemeine Heiterkeit - Zwischenrufe) - Da lachen die Grünen. Ihr seid das Paradebeispiel einer Verbotspartei. - (StR Dr. Roth: Gebt den Hanf frei! Gebt den Hanf frei!) - Ich erinnere mich da an einige sehr nette Gespräche in Israel zu diesem Thema. Die CSU lebt als Partei mustergültig das Prinzip „leben und leben lassen“.

Unserer Meinung nach finden die Freiheitsrechte, eben dieses „leben und leben lassen“, aber da eine Grenze, wo andere Leute in der Ausübung ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Wir haben heute schon von vielen Parteien gehört, dass Handlungsbedarf besteht und die Freiheitsrechte vieler Menschen dadurch eingeschränkt werden, dass andere ihre Freiheit ausüben. Das Referat hat sich die Mühe gemacht, eine sehr milde Regelung zu finden, wie man ein Gleichgewicht herstellen und auch einmal jemanden zurechtweisen kann, der andere in ihrer Freiheit einschränkt.

Wenn man zurückkommt auf die Gefühlsebene, müssen wir auch sagen: Die Leute, die auf dem Viktualienmarkt arbeiten, die nur vorbeisclendern, die da auch einmal nur ein Bier trinken wollen,

die sich dort aufhalten wollen, sind Teil unserer Stadtfamilie. Innerhalb einer Familie gibt es aber auch eine Fürsorgepflicht, der man nachkommen muss. - (Beifall von der CSU)

Wenn man diese Fürsorgepflicht ernst nimmt, muss auch möglich sein zu sagen: Pass auf, bei dir kumulieren gerade einige Dinge, die nicht in Ordnung sind. Wenn du unter Alkoholeinfluss andere Menschen anpöbelst und in ihrer Freiheit einschränkst, reicht es für heute. Du gehst jetzt nach Hause, nüchterst aus und kommst vielleicht morgen wieder. - (Beifall von der CSU) - Um nichts anderes geht es. Zu Hause in Ihrem Wohnzimmer würden Sie das genauso handhaben.

Deshalb frage ich: Wieso braucht man so einen Eiertanz? Bringen Sie Gefühls- und Faktenlage wieder in Einklang. Es ist in der Vorlage hinreichend dargestellt, dass da keine Willkür stattfindet, sondern dass man eine Regelung findet, wenn kumulativ mehrere Faktoren vorliegen. Wenn Leute, die erkennbar unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen Substanzen stehen, dort verweilen und andere gefährden oder schädigen, behindern oder belästigen, kann man sie kurzzeitig verweisen. Sie können am nächsten Tag wiederkommen. Das ist ein relativ mildes Mittel, um die Situation vor Ort zu beheben. Deshalb plädiere ich weiterhin für Zustimmung zum Antrag der Referentin. Zum FDP-Antrag würde ich sagen: Der Bericht ist unkritisch, ein Prüfauftrag für den kommunalen Außendienst - warum nicht? - (Beifall von der CSU)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

StR Zeilinhofer:

Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade von gesundem Menschenverstand gehört. Wenn man nach dem gesunden Menschenverstand ginge, hätten wir diese Vorlage nicht. - (Beifall)

Wenn jemand besoffen ist und herumkrakeelt - und zwar egal, ob in meinem Wohnzimmer oder auf der Straße - haben wir alle Möglichkeiten, die Polizei zu holen. Wir brauchen nicht wieder eine Veränderung auf der administrativen Ebene, um wieder mehr Papier zu haben. Wir brauchen eine Handlungsumsetzung. Die hat bisher einfach gefehlt. Ich frage mich aber, ob die Marktleute selbst oder auch die Marktaufsicht in der Lage sind, das durchzusetzen. Ich frage mich, ob die Marktaufsicht dafür qualifiziert ist, denn das sind wirklich unangenehme Typen. Ich kenne sie, das sind nicht gerade Sympathieträger. Ich denke, die Polizei zu Hilfe zu rufen, ist einfach der bessere Weg.

Dass das funktioniert, zeigt mir meine tägliche Arbeit in der Drogenothilfe selbst auf der Straße. Wenn ich Probleme mit Betrunkenen habe, hole ich die Polizei, und die sagt genau, was gerade

eben angesprochen wurde: Es reicht für heute, du gehst jetzt nach Hause, du hast für heute Platzverbot. Wenn sie nicht einsichtig sind, kann und wird das eskalieren, und dann sind sie weg. Wofür brauchen wir jetzt wieder eine Satzungsänderung?

Ich würde mich freuen, wenn wir vor allem für den ersten Absatz unserer Änderung Zustimmung finden würden, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - (Beifall)

StR Vorländer:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine Frage an die Frau Kommunalreferentin. Ich beziehe mich auf die Chronologie der Beschwerden, die aus der Anlage 5 der Vorlage ersichtlich ist. Aus sich selbst heraus ist diese Liste gelinde gesagt nicht allzu aussagekräftig. Ich wollte Frau Frank einmal fragen: Was ist jeweils der konkrete Inhalt, das jeweilige konkrete Thema dieser Beschwerden? Von wem kamen die? Gab es da auch Kontakte mit dem Kreisverwaltungsreferat? Dazu hätte ich gern eine detaillierte Auskunft.

Bfm. StRin Frank:

Verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bin ich froh, dass wir mittlerweile zumindest erreicht haben, dass sich alle hier einig sind: Was derzeit auf dem Viktualienmarkt passiert, stellt ein nicht tolerierbares Verhalten einer gewissen Gruppe dar. Das konnte ich in den Debatten der letzten Monate teilweise nicht feststellen. Mittlerweile sind die sogenannten „Brunnenfreunde“ sogar über eine Facebook-Gruppe mit 800 Teilnehmern organisiert. Das geht weit darüber hinaus, sich einmal zu zweit oder zu dritt zu treffen, um ein Feierabendbier zu trinken. - (Beifall von der CSU)

Der Weg, der sich daraus ergeben soll, unterscheidet sich offensichtlich für die verschiedenen Fraktionen. Für mich ist der Viktualienmarkt kein Ort zweiter Klasse. Für mich gibt es eigentlich keinen ersichtlichen Unterschied zur Fußgängerzone, die ja fast direkt an den Viktualienmarkt anschließt. In der Fußgängerzone gibt es eine viel weiter gehende Regelung, nämlich das Verbot des Niederlassens zum Alkoholkonsum ohne entsprechende Genehmigung. Für den Viktualienmarkt habe ich Ihnen etwas vorgeschlagen, was weit hinter diesem Verbot zurückbleibt: Die Möglichkeit, durch die Marktaufsicht einen Platzverweis auszusprechen, falls marktschädigendes Verhalten vorliegt. Das ist ein deutlich milderer, aus meiner Sicht das mildest mögliche Mittel.

Derzeit reichen die vorhandenen Mittel nicht aus, um von Seiten der Marktaufsicht agieren zu können. Das sieht man an der Vielzahl der Vorfälle völlig unterschiedlichen Inhalts, die ich Ihnen auf-

gelistet habe. Es geht um das Einlagern von Bier, um Pöbeleien, um Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe der „Brunnenfreunde“ und der Händlerschaft. Meistens wurden diese Vorfälle von der Marktaufsicht selbst festgestellt oder von den Händlern gemeldet. In den meisten Fällen wurden sie nicht an die Polizei weitergetragen, weil die Polizei, wie ich glaube, andere Einsatzschwerpunkte hat, denen sie nachkommen muss. Wir stehen aber natürlich in einem sehr guten Austausch mit dem Leiter der zuständigen PI und auch mit dem Kontaktbeamten für den Viktualienmarkt.

Ich möchte aber eigentlich nicht jeden Tag Polizeieinsätze auf dem Viktualienmarkt erleben. - (Beifall von der CSU) - Ich möchte nicht, dass der Viktualienmarkt, den wir alle lieben und als ein Kleinod inmitten unserer Stadt schätzen, dadurch geprägt ist, dass dort tagtäglich die Polizei auflaufen muss. Wenn wir eine entsprechende Regelung erlassen und der Marktaufsicht ein entsprechendes Instrument an die Hand geben, haben wir das selbst in der Hand.

Die Marktaufsicht muss ein sehr breites Spektrum an Aufgaben abdecken. Das beginnt mit Beanstandungen der Händlerseite, z. B. wenn an einem Marktstand irgendetwas nicht gut funktioniert. Natürlich hat die Marktaufsicht auch ein Auge auf die Händlerschaft. Die Marktaufsicht ist aber kein KAD. Die Marktaufsicht ist keine Polizei. Es sind keine schwarzen Sheriffs. Entsprechend möchten wir ihr auch nur ein sehr mildes Mittel an die Hand geben, um die Situation mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß regeln zu können.

Die Marktaufsicht ist nicht für den Verkauf von Bier zuständig. Ich kenne die Vorwürfe bezüglich eines Bierverkaufs rund um den Brunnen, die im Raum stehen. Das Kreisverwaltungsreferat, die Gewerbeaufsicht, war in diesem Zusammenhang bereits einmal am Markt tätig. Soweit ich weiß, hat sie bei diesem einen Mal keine Feststellungen getroffen. Wenn man sich die Facebook-Gruppe ansehen und dieser vielleicht beitreten würde, könnte man darin ziemlich viele Fotos sehen. Diese könnten der Gewerbeaufsicht Hinweise liefern, um noch einmal Ermittlungen in gewisse Richtungen anzustellen.

Man könnte vielleicht die Händler als Zeugen befragen, die diese Vorwürfe in verschiedenen Jour Fixen vorgetragen haben. Ich kann dazu nicht mehr viel beitragen. Neben mir sitzt der Kreisverwaltungsreferent, der sicherlich dazu noch das ein oder andere nachliefern könnte.

Ich darf an Sie nochmals appellieren, die Regelung, die aus meiner Sicht geeignet, erforderlich und verhältnismäßig ist, mitzutragen. Dadurch wird es uns ermöglicht, den Viktualienmarkt so zu

erhalten, dass jeder sehr gerne hinget, willkommen ist und dort leben und leben lassen genießen kann.

Ich möchte kurz eine Sache ausführen, die juristisch für uns eine gewisse Bedeutung hat. Der Änderungsantrag der SPD, der im Kommunalausschuss mehrheitlich beschlossen wurde, sieht vor, Ziffer 4 komplett zu streichen. Ich habe die Debatte zur Beschlussfassung im Kommunalausschuss so aufgefasst, im Hinblick auf die „Brunnenfreunde“ keine neuen Regelungen in Kraft setzen zu wollen. Die Buchstaben a) und b) der Ziffer 4 haben jedoch nichts mit der Situation der „Brunnenfreunde“ zu tun, sondern richten sich an unsere Händlerschaft. Es geht um den Widerruf von Zuweisungen an die Händlerschaft.

Es gibt einen Regelungsbedarf, weil diese beiden Regelungen aus unserer juristischen Sicht nicht deutlich genug sind und insbesondere kein Ermessensspielraum besteht. Die Ziffern 4 a) und 4 b) haben mit der Situation der „Brunnenfreunde“ nichts zu tun. Ich bitte darum, zumindest zu überdenken, diese Satzungsänderung vorzunehmen. Sie ist für uns juristisch wichtig. Ich käme sonst nicht umhin, Sie damit im nächsten Ausschuss nochmals zu befassen.

Die Ziffer 4 c) bezieht sich hingegen auf die Situation rund um den Liesl-Karlstadt-Brunnen. Daher habe ich den Referentinnenantrag nochmals gestellt. Ich bitte explizit darum, die Ziffern 4 a) und 4 b) gesondert abzustimmen. Sie haben mit der grundsätzlichen Situation der „Brunnenfreunde“ nichts zu tun.

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, warum man so tut, als bestehe ein Konsens. Es besteht sehr abstrakt natürlich ein Konsens. Wir wollen nicht akzeptieren, dass jemand die Rechte anderer durch übermäßiges Ausnutzen seiner eigenen Rechte einschränkt. Das ist jedoch so trivial, dass es eigentlich keiner Erwähnung wert ist. Die Frage ist eine ganz andere: Haben wir einen Regelungsbedarf oder nicht? Ich verstehe nicht, warum wir von den Regelungen der jetzigen Markthallensatzung keinen Gebrauch machen.

Ihre Aussage, für den Bierverkauf auf dem Viktualienmarkt sei das Kreisverwaltungsreferat und nicht die Markthallen zuständig, verstehe ich schlicht und einfach nicht. Sie entscheiden, wer auf dem Markt tätig werden und Waren verkaufen darf. Das entscheidet kein anderer. Sie können es unterbinden, wenn jemand ohne Ihre Erlaubnis, ohne eine Zuweisung oder eine sonstige Erlaubnis

der Markthallen, z. B. Gummibärchen, Bierflaschen, Reisekoffer oder Sonstiges verkauft. Dazu haben Sie Ihre Marktaufsicht.

Sie haben die Marktaufsicht nicht nur für das von Frau Neff genannte Beispiel, wenn jemand seinen zugewiesenen Platz um 50 Zentimeter überschreitet, sondern selbstverständlich auch zur Durchsetzung aller anderen Regelungen der Satzung. Es ist bereits die Regelung enthalten, außerhalb von Sitzbänken nicht lagern, sitzen und liegen zu dürfen. Was soll der Verweis auf die Fußgängerzonensatzung? Sie haben in Ihrer Markthallensatzung dieselbe Regelung. Sie können es unterbinden, wenn sich jemand außerhalb von Sitzbänken am Viktualienmarkt auf den Boden setzt, hinlegt oder lagert. Diese Satzungsregelung gibt es bereits.

Zu § 5: Bisher haben wir es so gehandhabt, wer über einen längeren Zeitraum seine vertraglichen Pflichten bzw. seine Pflichten aus der Zuweisung nicht erfüllt, dem wird die Zuweisung entzogen. Wir sehen nicht ein, warum das von einer Muss-Vorschrift in eine Kann-Vorschrift mit Ermessensspielraum geändert werden soll. Wir bleiben deshalb bei unserem Änderungsantrag. Wer als Zuweisungsnehmer, also Betreiber eines Standes zum Beispiel gegenüber der Stadt Geld schuldig bleibt, hat vom Markt zu verschwinden. Eine Zuweisung ist nicht umsonst, sie ist kostenpflichtig. Bleibt ein Betreiber diese schuldig, hat er vom Markt zu verschwinden und zwar nicht aufgrund einer Ermessensentscheidung der Markthallen, sondern aufgrund einer grundsätzlichen Regelung. (Beifall)

Bfm. StRin Frank:

Werter Herr Kollege Reiss! Ich wollte in einer öffentlichen Sitzung eigentlich nicht so deutlich werden, wie ich es jetzt muss. Es gibt eine Gerichtsentscheidung, die die derzeitige Regelung unserer Satzung für rechtlich nicht wirksam erklärt, weil sie den Markthallen München gerade keinen Ermessensspielraum lässt. Dementsprechend müssten wir zwangsläufig, auch bei einem sehr geringen Verstoß, das Mittel des Widerrufs der Zuweisung anwenden.

Wir haben zum Beispiel eine Regelung in der Satzung, wonach bei einem Gesellschafterwechsel oder einer Umfirmierung eine Anzeige an die Markthallen erfolgen muss. Wenn diese nicht erfolgen würde, müsste ein Widerruf der Zuweisung erfolgen und zwar ohne Wenn und Aber und ohne weitere Nachprüfungsmöglichkeit. Ein Gericht war mit einem derartigen Fall befasst und hat den Markthallen sehr deutlich mit auf den Weg gegeben, dass es diese Regelung als nicht rechtswirksam erachtet. Wir haben Sie deshalb damit befasst.

OB Reiter:

Ich rege vorbehaltlich der heutigen Stadtratsentscheidung an, Sie befassen den Ausschuss und das Plenum erneut mit einer Vorlage, in der das entsprechend begründet ist. Wir behandeln diese dann in nichtöffentlicher Sitzung. - (Zwischenrufe) - Wir stimmen jetzt über die vorliegende Vorlage ab. Es gibt keinen mündlichen Änderungsantrag. Die Referentin wird den Stadtrat, wenn sie es nach ihrer grundsätzlichen, juristischen Betrachtung als notwendig erachtet, erneut befassen. So einfach ist das Spiel. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

BM Pretzl:

Bitte, die Punkte a) und b) punktweise abstimmen...

OB Reiter:

Ich sehe im Referentenantrag keine Punkte a) und b). - (Zwischenrufe) - Wir haben zuerst einen Ergänzungsantrag abzustimmen. - (Zwischenrufe) - Ja, alles gut, nur die Ruhe. Ich wollte lediglich die Reihenfolge, in der wir abstimmen, festlegen. Der erste Satz ist deklaratorisch. - (Zwischenrufe) - Sie müssen ihn erklären, uns ist nicht klar, was Sie möchten. Wenn wir den ersten Satz, „*Der erneut gestellte Antrag der Referentin wird abgelehnt*“, beschließen, können wir nicht mehr über den Referentinnenantrag abstimmen, weil er dann abgelehnt ist. - (Zwischenruf) - Das hat mir meine juristische Beratung eben erläutert. Wir können daher auf diesen Satz verzichten und über den Ergänzungsantrag abstimmen. Anschließend stimmen wir sowieso über den Referentinnenantrag und über den ursprünglichen Antrag der Ausschussbefassung ab. - (Zwischenrufe) - Die Referentin kann den Antrag stellen, den sie für richtig hält. Sie hat heute ihren ursprünglichen Antrag erneut gestellt, das darf sie. - (Zwischenrufe) - Ja, das könnten wir machen. Das Ergebnis ist das Gleiche. Wir könnten es auch in dieser Reihenfolge abstimmen. Wir stimmen zuerst satzweise den Ergänzungsantrag von FDP - HUT ab.

Satz 1, „*Die MHM wird aufgefordert, bei Störung...*“, des Ergänzungsantrages von FDP - HUT wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTei, Die Grünen - rosa liste, StRin Sabathil, ÖDP, DIE LINKE. **abgelehnt**. - (Heiterkeit - Zwischenrufe - Unruhe - Glocke des Vorsitzenden)

Satz 2, „*Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat spätestens in einem Jahr über die Situation auf dem Viktualienmarkt.*“, des Ergänzungsantrages von FDP - HUT wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste **beschlossen**.

Satz 3, „Außerdem wird das Kreisverwaltungsreferat gebeten zu prüfen, inwieweit der Kommunale Sicherheitsdienst eingesetzt werden kann.“, des Ergänzungsantrages von FDP - HUT wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, FDP - HUT, StRin Sabat-hil und BIA abgelehnt.

StR Altmann:

Was ist aus dem Satz, „Der erneut gestellte Antrag der Referentin wird abgelehnt.“ des Ergänzungsantrages von FDP - HUT geworden?

BM Pretzl:

Die Fraktion FDP - HUT hat diesen Satz zurückgezogen.

OB Reiter:

Wir stimmen nun den Referentinnenantrag für die heutige Vollversammlung ab. Der Ausschuss hat mehrheitlich einen anderen Beschluss gefasst. - (Zwischenrufe) - Bitte gehen Sie ans Mikrofon, man versteht sonst die Hälfte nicht.

StR Reissl:

Es geht um den Zuweisungsentzug, der in § 5 geregelt ist. Im Vortrag der Ausschussvorlage wird der Sachverhalt lediglich im Umfang von sieben oder acht Zeilen erwähnt. Frau Frank hat jetzt auf ein Gerichtsurteil Bezug genommen. Der Vortrag der heutigen Beschlussvorlage stellt diesen Bezug nicht her. Mein Vorschlag lautet, diesen Teil der Satzungsänderung heute nicht zu beschließen. Das würde voraussetzen, dass man das aus dem Ausschussbeschluss wieder heraus nimmt und Frau Frank in Ihrem heutigen Antrag ebenfalls auf diesen Passus verzichtet. - (Zwischenrufe - Unruhe)

BM Pretzl:

Wir können ebenso die Befassung mit § 5 in die nächste Kommunalausschusssitzung vertagen.

OB Reiter:

Es wird sowieso eine neue Vorlage benötigt, deswegen ist eine Vertagung nicht notwendig. Es wird nur noch um diesen § 5 gehen. Können Sie das konkret formulieren, damit die Beschlussfassung eindeutig protokolliert werden kann. Ich orientiere mich gerne an den Referentenanträgen. Bei der derzeitigen Formulierung des Referentinnenantrages ist eine Differenzierung nicht so einfach möglich. - (Zwischenruf) - Ja, bitte! Wir versuchen, diesen entscheidenden Punkt nicht abzulehnen, da-

mit er nicht noch einmal abgestimmt werden muss. Das ist die Idee, die Herr Reissl zusammen mit Frau Frank formuliert hat.

StR Reissl:

Im Ausschussbeschluss wird der Antrag der Referentin... Ich weiß, es ist kompliziert, weil man mehrere Papiere gleichzeitig braucht. Ziffer 1 des Antrages der Referentin nimmt Bezug auf Anlage 1. In der Anlage 1 sind alle Änderungstexte zur Änderung der Markthallensatzung. Punkt 4 der Anlage 1 ändert § 5. Der Vorschlag lautet konkret: Wir nehmen diesen Punkt 4 der Anlage 1 aus dem Ausschussbeschluss und aus dem Antrag der Referentin für die Vollversammlung heraus. (Zwischenrufe)

BM Pretzl:

Darf ich einen Vorschlag machen, der das wesentlich erleichtert? Wenn wir über den Referentinnenantrag abstimmen und dieser abgelehnt wird, müssen wir als Nächstes über den Ausschussbeschluss abstimmen. Der Ausschussbeschluss lautet:

„Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Markthallen München der Landeshauptstadt München (Markthallen-Satzung) wird gemäß Anlage 1 beschlossen, jedoch werden darin die Ziffern 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13 gestrichen.“

Ich würde zu diesem Ausschussbeschluss, den Änderungsantrag stellen, im Ausschussbeschluss in Punkt 1 Ziffer 4 zu streichen. Wir haben dann genau das erreicht, was Du willst. - (Zwischenrufe - Unruhe) - Okay, von mir aus die Ziffern 4 a) und b). - (Zwischenrufe) - Herr Kollege Reissl möchte über den gesamten Punkt beraten. - (Zwischenrufe) - Das hat er gerade gesagt. - (Zwischenrufe)

OB Reiter:

Das ist erneut etwas Neues. - (Zwischenrufe) - Es ist auf jeden Fall perfekt vorbereitet. Das muss man auf jeden Fall sagen. Frau Wolf, möchten Sie zur „Verunklarung“ beitragen? - (StRin Wolf: Ja! - Zwischenrufe - Unruhe) - Entschuldigung, aber ich hätte einfach abgestimmt! - (Zwischenrufe)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, ich gebe Ihnen recht, es wäre besser gewesen, man hätte es abgestimmt, da wir bereits darüber geredet haben. Der Vorschlag von Herrn Pretzl ist fast gut, aber nicht ganz, sein Änderungsantrag muss lauten:

„..., jedoch werden darin die Ziffern 3, 4 c, 5, 6 etc. ...“

Unter Punkt 4 c) steht der Einschub mit dem Wort „*marktschädigend*“. Somit könnte man erreichen, dass Frau Frank zu diesem Thema nichts mehr veranlassen muss, wenn sie nicht will. Vielleicht kann sie den Fall, den sie angedeutet hat, trotzdem im Ausschuss vorstellen. Das bleibt ihr überlassen. - (Zwischenrufe)

OB Reiter:

Meine Geduld stößt langsam an ihre Grenzen. Ich habe keine Lust, Verwaltungsarbeit nachzuholen. Können wir dem Vorschlag folgen oder stimmen wir jetzt ab? - (Zwischenruf) - Die Kollegin kann anschließend einen neuen Antrag einbringen. Frau Frank, ich frage noch einmal: Ist es ein Problem, wenn wir das heute ablehnen und Sie im nächsten Ausschuss eine neue Vorlage einbringen? Das müssten Sie sowieso machen.

Bfm. StRin Frank:

Es entsteht kein Problem, wenn wir heute darüber befinden. Es könnte gegebenenfalls in der Zwischenzeit ein Fall eintreten. Ich kann sicherlich keine Befassung in der nächsten Ausschusssitzung, die bereits nächsten Donnerstag ist, ermöglichen. Ich bitte darum, die Regelung der Ziffern 4 a) und b) heute abstimmen zu lassen.

OB Reiter:

Wir stimmen somit ab.

Bfm. StRin Frank:

Ich berichte gerne im Kom.KA. Das ist wahrscheinlich das richtige Gremium dafür, um über den Hintergrund zu berichten. Ich plädiere, die Ziffern 4 a) und b) heute abzustimmen.

OB Reiter:

Wir stimmen jetzt endgültig ab. Wenn Sie zusätzlich etwas brauchen, müssen Sie den Stadtrat in der nächsten Ausschusssitzung befassen. Wir hätten uns die letzten zehn Minuten sparen können. - (Zwischenruf) - Wir stimmen jetzt ab. - (Zwischenrufe - Unruhe) - Wir stimmen jetzt über den Referentinnenantrag, wie er für die heutige Sitzung der Vollversammlung vorliegt, ab.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, StRin Sabathil, StR Ruff und BIA **abgelehnt**.

BM Pretzl:

Ich stelle folgenden mündlichen Änderungsantrag:

Aus dem Text des Beschlusses des Kommunalausschusses vom 28.02.2019 werden in Ziffer 1 des Antrages der Referentin die Ziffern 4 a) und 4 b) gestrichen. Ziffer 4 c) bleibt erhalten.

Der mündliche Änderungsantrag von BM Pretzl wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, FDP, StRin Sabathil, StR Ruff und BIA **abgelehnt**.

Der modifizierte Antrag der Referentin, in der Fassung des Beschlusses des Kommunalausschusses vom 28.02.2019, wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, StRin Sabathil, BIA und einer Stimme der ÖDP **beschlossen**.

OB Reiter:

Wir haben diesen grandiosen Tagesordnungspunkt hinter uns gebracht. Ich stelle jetzt die wichtige Frage: Was machen wir jetzt? Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung und ein paar in nicht öffentlicher Sitzung. Wer eine Mittagspause machen möchte, den bitte ich um Handzeichen. - (Zwischenrufe) - Gut, wir machen Mittagspause bis 14:30 Uhr.

- Unterbrechung der Sitzung von 13:10 Uhr bis 14:30 Uhr für die Mittagspause -

Luftreinhaltung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den NO₂-Messungen im Jahr 2018
7. Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Regierung von Oberbayern
Antrag Nr. 02928 der Fraktion Die Grünen - rosa liste vom 02.03.2017

Aktensammlung Seite 1959

StR Schall:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht die Diskussion des Ausschusses wiederholen, sondern auf die heutige Tischvorlage eingehen, in der das Referat für Gesundheit und Umwelt konkrete Maßnahmen für die Luftreinhaltung ausgearbeitet hat. Ich beziehe mich auf die Maßnahme Nr. M 8: Sie enthält einen Prüfauftrag, bei dem unter Umständen herauskommen könnte, die Frauenstraße zu sperren oder als Einbahnstraße umzubauen. Dieser Maßnahme stimmen wir nicht zu und möchten diesen Punkt getrennt abstimmen. Ansonsten stimmen wir der Vorlage zu. Die Maßnahmen sind wichtig, um Fahrverbote in München zu verhindern. Vielen Dank!

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich schließe mich meinen Vorrednern nahtlos an. Wir würden noch etwas mehr ablehnen. Bereits im Ausschuss haben wir die E-Buslinien kritisch hinterfragt, weil wir wegen des dort verbauten Kobalts gegen ausbeuterische Kinderarbeit sind.

Diese lehnen wir ab, weil es noch keine Zertifikate gibt, um Kinderarbeit auszuschließen. Das betrifft die Sätze 1 und 2 in Ziffer 4. Außerdem bitte ich, Ziffer 3 separat abzustimmen. Wir lehnen diese ab, tragen aber die ein oder andere Maßnahme wie die Verkehrsverflüssigung mit. Es ist aber einfacher, Ziffer 3 komplett abzulehnen.

StR Röver:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion hatten wir bereits im Ausschuss. Deswegen möchte ich es auch ganz kurz machen. Die Vorlage zeigt, es war richtig, viele kleine Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um die Luft in der Stadt zu verbessern. Richtig war auch, eigene Messtationen in der Stadt aufzustellen. Die Ergebnisse werden in dieser Vorlage präsentiert. Wir nehmen zur Kenntnis, es gibt deutliche Luftverbesserungen in unserer Stadt. Wir unterstützen die ergänzte Vorlage mit den weiteren Handlungsfeldern. Kollege Schall

hat bereits die Maßnahme M 8 zur Frauenstraße angesprochen. Es wird nichts festgelegt, sondern es ist nur ein Prüfauftrag.

Ich finde es schwer, nur einige Straßenabschnitte zur Verkehrswende herauszugreifen. Wir brauchen eine großräumige Betrachtung und müssen schauen, wie sich die Verkehre verlagern. Es nützt nichts, wenn wir mehr Autoverkehr im Glockenbachviertel haben werden. Es soll eine großräumige Betrachtung zugrunde gelegt werden. Insgesamt unterstützen wir aber den Antrag der Referentin. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei uns ist es umgekehrt: Wir finden diese Maßnahme sehr sinnvoll, da die Frauenstraße eine sehr belastete Straße ist. Schon vor vielen Jahren, als wir das erste Mal die City-Maut eingebracht haben, wollten wir eine Überprüfung, weil die Frauenstraße sehr stark belastet war.

Im Ausschuss haben wir die Vorlage abgelehnt, weil wir der Meinung sind, nur eine richtige Verkehrswende könne Fahrverbote verhindern. Deswegen werden wir wieder ablehnen und stimmen nicht zu, einen Punkt zu streichen. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Der Antrag von StR Schall, Maßnahme M 8 (Frauenstraße) aus Ziffer 3 des Antrags der Referentin zu streichen, wird gegen die Stimmen der CSU, BAYERNPARTEI, FDP - HUT, Stadträtin Sabathil und BIA **abgelehnt**.

Ziffer 3 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI und BIA **beschlossen**.

Die ersten beiden Sätze von Ziffer 4 des Antrags der Referentin werden gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI und BIA **beschlossen**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, von DIE LINKE, von der ÖDP, BIA und Stadtrat Zöllner **beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 14:45 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 20. März 2019

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll